

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.
Vertriebspreis: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 400 Mark, die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 800 Mark, unter Eingeliefert 1000 Mark. Grundlegung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Vollage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabstufung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 92

Freitag, 20. April

1923

Die verlorene Marneeschlacht der Reichsbank.

337. Reichstags-Sitzung vom 19. April.
Die zweite Beratung des Reichshandelsplans wird mit dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Abg. Dr. Herx (Soj.):

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist im hohen Maße ernst. Die Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus der Unübersichtlichkeit unserer inneren und äußeren Verhältnisse, aus der gewaltigen Abschaffung, aus den Schwierigkeiten der Beschaffung von Rohstoffen und Kapital, aus der gewaltigen Preissteigerungen, der Arbeitslosigkeit und der erheblichen Kurzarbeit. Alle diese Schwierigkeiten haben sich, infolge der Ruhrbesetzung, bedeutend verschärft. Die Verschärfung unserer Wirtschaftslage in den letzten Wochen ist eine schwere Anlage gegen die Wirtschaftspolitik der Weimarer Regierung. Es ist nicht getan worden, um der durch die Ruhrbesetzung bedingten Erhöhung der Schwierigkeiten wirksam zu begegnen. Erst nachdem der Dollar im Januar auf 50 000 gestiegen war, begann die Preisentwicklung des Devisenmarktes. Es bedurfte erst der bittersten Lehre, ehe man sich überhaupt mit irgendwelchen Maßnahmen auseinandersetzte, die man zu jenen Vorwürfen greifen, die wir bereits im Juli des vergangenen Jahres machten. (Hört! Hört! u. Soj.) Der Eingriff des Reiches in die Preisentwicklung wäre bei einem Dollarkurs von 300 viel leichter gewesen als bei einem solchen von 50 000. (Sehr wahr! Auf.) Die ungeheure Schädigung der Masse der Bevölkerung, die Vernichtung ihrer Kaufkraft wäre nicht in dem Umfang möglich gewesen. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien und des Reichstages habe aber gezeigt, daß prinzipiell politische Interessen an der fallenden Währung für das Abwarten der Reichsregierung entscheidend waren.

Die inneren Preise haben sich rapide dem Dollarkurs angeglichen, dadurch den Export unterbunden und ein neues Auswachen der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit hervorgerufen. Von 0,6 im Juli 1922 lag die Zahl der Arbeitslosen in den deutschen Fachverbänden bis auf 4,4 auf je 1000 Mitglieder im Januar 1923. Die Zahl der Kurzarbeiter wurde im Dezember von 8,7 Proz. auf 13 Proz. im Januar an. Schon vor der Ruhrbesetzung hatten wir 2 Mill. Erwerbslose oder Kurzarbeiter. Trotz dieser damals schon schwierigen Situation wurde nicht gehandelt. Jeder konnte weiter hemmungslos seinem Privatinteresse nachgehen. Herr Becker meinte am 16. Januar, unmittelbar nach der Ruhraktion, aus der Besetzung des Ruhrgebietes ergab sich zwangsläufig der Sturz der Mark, ohne daß man mit irgendwelchen Maßnahmen Einhalt tun könnte. (Hört, hört! bei den Soj.) Zur gleichen Zeit sah er in einem Interim, aus diesen und anderen Gründen betrachteten wir die angebotene Abschaffung des Ruhrgebietes mit Gemütsruhe. Diese Worte entsprachen keineswegs dem Gedanken der Unheilstat und mußten die Empfindung hervorrufen, als ob die Reichsregierung bei Willkür der Devisenpolitik, der Rente und Truhe, feinerer Beschränkung aufzulegen wollte. Diese Annahme wird durch das tatsächliche Verhalten des Ministers in der Frage der Rente und des Preisabbaues gestützt. Trotz der steigenden Preise glaubte er am 6. März in einem Urlaub erklären zu müssen, daß die Preiswelle nicht durch Lohnsteigerungen auf neue in Bewegung gesetzt werden dürfe. Daher löste

keine Erhöhung der Löhne

eintraten. Das Arbeitsministerium war an diesen Erklärungen völlig unbeteiligt. Der Wirtschaftsminister hatte auf eigene Faust gehandelt. Erst Lohnabbau, dann Preisabbau, das ist der Standpunkt des Ministers, über den bei allen gewerkschaftlichen Organisationen große Empörung herrscht. Die Arbeiterchaft würde mit Freuden in einen Abbau der Papiergelöhne einwilligen, wenn gleichzeitig deren Kaufkraft erheblich gesteigert werden könnte. (Sehr richtig! Auf.) Voraussetzung für den Lohnabbau ist eine vorherige Preislenkung. Es ist nicht wahr, daß die Löhne den Preisabbau verhindern, sie haben nur einen beschränkten Bruchteil der Erzeugnisse und machen nur 20 bis 50 Proz. des früheren Lohnes aus. Die Gewinnkraft von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe hat den Preisabbau verhindert! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wo in geringem Umfang ein Preisabbau vorgenommen wurde, erfolgte er stets auf Kosten des Lohnes und des Standes, aber

nie auf Kosten des Profits. Der Abbau der Lohnsteuer, die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe, die Erhöhung der Umlagepreise und die nicht erfolgte Erhöhung der Frachten und des Portos haben dem Reiche 2000 und mehr Milliarden gelöst, die es an die Wirtschaft gegeben hat, um einen Preisabbau zu erzielen. Trotzdem ist ein Preisabbau auch nicht annähernd in dem Maße erfolgt, wie die Löhne des Reiches gestiegen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Entwicklung ist vom Minister selbst eingeleitet worden. In einer von ihm herausgegebenen Verordnung vom 16. Dezember sind die Wiederbeschaffungskosten als Grundlage zur Preisberechnung genommen worden, was in der Praxis auf eine Beschleunigung der Preissteigerungen und eine Verlangsamung des Preisabbaues hinauslief. Die Stützungsaktion hat an dieser Wirkung nichts ändern können, weil sie nicht, wie die sozialdemokratischen Pläne aus dem vorigen Jahre, ein gleichzeitiges Eingreifen auf dem Gebiete der Finanzpolitik, der Devisenpolitik und der Handels- und Zollpolitik voraussetzte.

Neben der Stützungsaktion forderten wir die Devisenkontrolle und Devisenzentrale, handelspolitische und handelsfinanzpolitische Maßnahmen. An dem Widerstand der Interessenten, der auch hier, in diesem Hause, keine Unterstützung fand, scheiterte die Durchführung dieser Pläne. Da

man solche Maßnahmen unterließ, ist in Wirtschaftskreisen auch kein Glaube an die Dauer der Stützungsaktion aufgenommen. Das wird begreiflich, wenn man weiß, daß die Schulden des Reiches vom 19. Januar bis 10. März von 2,2 Billionen auf 6,9 Billionen gestiegen sind und sich der Notenanstieg in derselben Zeit von 1,4 auf 5,5 Billionen erhöht hat. Das Defizit im Reichshaushalt ist in diesen drei Monaten von einigen hundert Milliarden auf mehr als ein halbes Duzend Billionen angewachsen. Auch die Art der Kreditpolitik, insbesondere die Art, wie die Kredite für Anzwecke gegeben worden sind, hat wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Kredit ist in einem so ungeheuren Umfang gegeben worden, daß man zu der Annahme kommt, Erwägungen hätten bei der Kreditabgabe die Rolle gespielt, wie sie früher Herr Heilrich bei seiner Finanzpolitik während des Krieges gespielt haben.

Den Abbau der Ausfuhrabgabe hatten wir im letzten Augenblick für unverantwortlich. Doch hätte hier unsere Bedenken gegen die Ausfuhrfreiheit die Ausfuhrfreiheit bedeutet, daß das Reich nicht mehr den Anteil an den Deviseneinnahmen bekommt, auf denen die Stützungsaktion der Mark beruht hat. Das Entgegenkommen des Reiches ist von

der Wirtschaft nur mit neuen Ansprüchen beantwortet worden. Das Reich hat, trotz des Ruhrkrieges, keinerlei Unterstützung durch die maßgebenden Wirtschaftskreise erfahren. Der erste Akt der

Staatsfeindschaft der Besten

zeigte sich bei der Dollar-Kaufleihe. Ihr Ergebnis ist der Beweis für den völligen Mangel an gutem Willen der Wirtschaftskreise zur Stützung der Mark. Von den gezeichneten 50 Millionen ist ein erheblicher Teil mit Devisen bezahlt worden, die vorher und nachher an der Börse zurückgekauft wurden. Der zweite Akt der Staatsfeindschaft der Besten ist ihre Haltung zur Stützungsaktion, die für viele eine gute Gelegenheit war, ihre Devisenbestände zu vermehrten. Nicht die feindlichen Ausländer haben Deutschland so empfindlich geschädigt, sondern feindliche Deutsche. Heilige Markbeträge wurden im Ausland von sehr nationalen Kreisen verkauft, die sonst für den Widerstand bis zum Äußersten eintraten. Am Montag und Mittwoch dieser Woche erforderte die Intervention der Reichsbank insgesamt zwei Millionen englische Pfund (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten.) Diese Spekulation auf den Sturz der Mark ist durch das Verhalten der Reichsbank erleichtert worden, welche die Kreditgewährung außerordentlich erleichterte. Daran trägt auch der Wirtschaftsminister die Schuld, der meinte, daß Kredite in sehr großem Umfang gegeben werden müssen. Die Reichsbank hat geteilt ihre Marneeschlacht verloren, weil der Grund der ganzen Situation in den Kreisen der Regierung und der Reichsbank nicht in vollem Umfang erkannt wurde. Bewunderlich ist auch, daß die Reichsbank von dem Mittel der Verknappung des Kredits durch scharfe Diskontforderungen keinen Gebrauch gemacht hat. Wir fordern unter allen Umständen die Fortsetzung der Stützungsaktion und wenden uns gegen eine Dollarkaufleihe auf 28 000 bis 30 000. Das würde nicht nur ein Zeichen an alle Kreditnehmer der Reichsbank sein, sondern auch ein neues Anzeichen der Notwendigkeit zu totaler Lauf zu bedeuten. (Die vom Abg. Herx am Schluß seiner Rede vorgebrachten sozialdemokratischen Forderungen bringen wir an anderer Stelle.) Ohne die Stützungsaktion durch neue Preissteigerungen, neue Unruhen in unserem Wirtschaftsleben gefährden wir am allermeisten die Aktion an der Ruhr. Wer sie bis zu dem Augenblick der Verhandlungsbereitschaft Frankreichs und Belgien halten will, muß jetzt die Notwendigkeit einsehen, Wirtschaft- und Finanzpolitik auf lange Sicht hin auszuwickeln. (Sehr wahr! bei den Soj.)

Präsident Lohde befragte den Abg. Herx im Namen des Reichstags zum 30jährigen Jubiläum seiner Doktorwürde, worauf der Jubilar dem Präsidenten und dem Reichstag seinen Dank zum Ausdruck bringt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker:

Ich habe nicht die Absicht und das Bedürfnis, eine programmatische Erklärung zur Wirtschaftspolitik abzugeben in einem Augenblick, wo es gilt, drängen praktische Wirtschaftspolitik zu treiben, vor allem im Interesse unseres Kampfes an der Ruhr. (Sehr richtig!) Der Wirtschaftsminister darf niemals Wirtschaftspolitik für eine Gruppe treiben, sondern er ist eben Wirtschaftsminister für die ganze deutsche Wirtschaft. Wenn ich von diesem Punkte einmal scheidet, dann will ich von hier weggehen mit dem guten Gewissen, das derjenige hat, der seine Pflicht für alle zu erfüllen versucht hat. Das eine Anlagende gegen mich kommen würde, haben Sie wohl alle erwartet; daß sie allerdings vom Abg. Herx kommen werde, hätte ich nicht geglaubt. Ein großer Teil meiner Kollegen richtet sich gegen die Politik des Finanzministeriums. Die Frage, wie wir die Wirtschaftsrücken stärken, sollten wir nicht in der Öffentlichkeit behandeln.

Auch ich bin der Meinung, daß in der Kreditlenkung konstante Fortschritt gegeben werden muß, und ich will ohne weiteres zugeben, daß vielleicht hier und dort und sogar in weiterem Umfang es vorgekommen ist, daß ein Kredit nicht ganz zu dem Zweck verwendet worden ist, zu dem er gegeben ist. Im großen und ganzen sind wir grundsätzlich darüber einig, daß ohne große Kreditgewährung der Abwehrkampf an der Ruhr nicht zu führen ist. Der Kampf ist deswegen so furchtbar schwer, weil die ganze Wirtschaft dort abgelehrt ist. Nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Ausfuhr ist unterbrochen. Alles was drüben gearbeitet wird, wird abgelehrt von dem bescheidenen Absatz im deutschen Gebiet, und Lager gearbeitet, alle Ausgaben werden also auf der Lasten gemacht, in die

Die Unruhen in Mülheim.

Essen, 19. April.

Die Demonstrationen der Kohlenarbeiter und Gewerkschaften in Mülheim/ Ruhr haben bis spät in die Nacht hinein fortgedauert. Am Donnerstag früh sind drei Waffengeschäfte geplündert worden; die Demonstranten konnten sich zum Teil mit Waffen versehen. Die Stadt wird durchstreift. Man sucht nach den Kriminalpolizisten, die am gestrigen Tage geflohen haben sollen. Automobile, Fuhrwerke und Straßenbahnen werden angehalten. Die Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist vollständig eingestellt. — In Essen fand am Donnerstag früh ebenfalls eine Demonstration statt, die in einer von Kommunisten einberufenen Versammlung aufgelöst worden war. Auch hier zeigte sich wieder, daß sich unter den Demonstranten ein großer Teil auswärtiger Elemente befand. In dieser Versammlung wurde unter anderem auch beschlossen, das Rathaus, das Arbeitsamt und das Wohlfahrtsamt, gegebenenfalls mit Gewalt, zu besetzen. Falls Angriffe von Selbstschutz oder der Feuerwehr erfolgen sollten, soll ebenfalls zum Angriff übergegangen werden. Es wurde den Demonstranten empfohlen, sich mit Gummitrupfen und Steinen für den Angriff zu bewaffnen. Sollte die Aktion nicht gelingen, dann war beabsichtigt, sich am Freitag an die Franzosen zu wenden, um ihnen die Arbeitskräfte der Kohlenarbeiter und Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Die Hauptforderungen der Kohlenarbeiter sind: eine einmalige Ausgleichszulage von 120 000 Mark für Beheimatete und für Ledige von 100 000 Mark; für die Arbeitslosen eine Unterstützung von 10 000 Mark pro Tag, anherdem für die Frau 1000 Mark und für jedes Kind 500 Mark Zulage. Die Entlohnung der Kohlenarbeiter erfolgt nach dem Tiefbauarbeiter-Tarif. Die Städtevereinigung im Ruhrgebiet hat jedoch beschlossen, den Kohlenarbeitern eine soziale Zulage zu gewähren, die für verheiratete Arbeiter ohne Kinder 4000 Mark, mit einem Kind 5000 Mark, mit zwei Kindern 6000 Mark, und mit drei und mehr Kindern 7000 Mark, wöchentlich betragen soll. Mit dieser Unterstützung erhalten die Kohlenarbeiter höhere Löhne als die in Arbeit befindlichen Bauarbeiter.

Die Stadtverwaltung in Essen hat, im Einverständnis mit den Arbeiterorganisationen, Maßnahmen getroffen, um das Rathaus zu schützen. Als die Demonstranten am Donnerstag von diesem Zeitpunkt der Stadt erfuhren, versammelten sie sich in einem größeren Zitat. Es fanden Verhandlungen mit der Stadtver-

waltung statt, und heute abend soll eine Kommission nach Berlin zum Arbeitsminister fahren, um dort weiter über die Angelegenheit zu verhandeln. Die Führer der Demonstranten waren nicht mehr in der Lage, in der Versammlung die Massen zusammenzuhalten. Sie wandten sich an die Stadtverordneten Steinbüchel und Keller und betraugten von ihnen, daß sie sofort mit in die Versammlung gehen sollten, um die Massen zu beruhigen. Beide lehnten dies jedoch ab und erklärten, daß sie nicht dafür da seien, die von Kommunisten und Syndikalisten aufgepeitschten Massen zu beruhigen.

Eine von den Syndikalisten in Mülheim geführte abendliche Versammlung hat beschlossen, einen 24stündigen Generalstreik anzukündigen. Weitere Forderungen sind:

1. Sofortige Freilassung der Gefangenen.
2. Sofortige Bildung eines proletarischen Ordnungsdienstes durch alle Arbeiterorganisationen.
3. Sofortige Entwaffnung des bürgerlichen Selbstschutzes.
4. Sofortige Entschädigung aller Verwundeten und Hinterbliebenen durch die Stadt Mülheim in voller Höhe, nebst freier ärztlicher Behandlung.
5. Sofortige Erfüllung der Forderungen der Arbeitslosen und Kohlenarbeiter.

Am 21. April ist seitens der Kommunisten eine Erwerbslosenkonferenz nach Bremen einberufen worden. Die Konferenz soll allgemeine Forderungen und Richtlinien aufstellen.

Mülheim, 20. April.

Gestern abend um 8 Uhr besand sich die Stadt in den Händen der Aufrührer. Das Rathaus wird von ihnen ständig mit Infanterie besetzt und Jagdflinten unter Feuer gehalten. Die strengsten Verordnungen werden beachtet. Die vollständig passiv. Sie haben das Verlangen der deutschen Behörden um Zulassung von Schutzpolizei und Gendarmen zur Bekämpfung der Unruhen abschlägig beschieden. Zurzeit wird mit dem General Denbignes in Düsseldorf in dieser Angelegenheit verhandelt. Die Aufrührer haben die Angelegenheit der Stadt abgelehrt und über eine strenge Polizeikontrolle aus.

laß nicht durch den Verkauf von Waren ge-
lassen ist. Geld bei den niedrigen Löhnen
kommt man täglich auf einen Betrag von
vielen, vielen Milliarden. Wenn nicht ein-
geht für die geringsten Waren, wovon sollen
dann Löhne und Gehälter bezahlt werden?
Woher sollen die Kredite anders kommen als
aus dem großen Kreditpotenzial der Reichs-
bank? Die Reichsregierung erfüllt nur die
allerersten Pflichten, wenn sie diese Kredite
gewährt, sonst wäre der Kampf in vier-
zehn Tagen zu Ende gewesen. (Vehr u. a. H.)

Wie haben dafür gesorgt, daß die ganze Welt-
wirtschaft im Gange bleibt und die Arbeiter nicht Not
leidet durch Stilllegungen. Bei der Kreditgewäh-
rung muß selbstverständlich dafür gesorgt werden,
daß drückende Kapitalien nicht zu Zwecken ver-
wendet werden, zu denen sie nicht verwendet wer-
den dürfen, aber auch die schärfste Kontrolle kann
nicht verhindern, daß davon hier und da abge-
wandelt wird. Ein der größten Darlehen, das
hinausgegeben ist, ist übrigens auf wertvolle
Kaufkraft gegeben worden. Deshalb in der
Kreditgewährung kann man uns nicht vorwerfen,
daß die Reichsbank hat zweimal einen sehr scharfen
Schritt in die Kreditgewährung gemacht. Kein
Wort ist schon genug gegen das Treiben der-
jenigen, die den neuen Einbruch in die Welt-
wirtschaft der Reichsbank verschuldet haben. Was
dagegen geschieht, muß geschehen. Das
Reichsministerium hat sich entschlossen, daß die Still-
legungsaktion, wie sie seitler unternommen war,
durchgeführt werden muß. Die Mittel dazu
sind zur Verfügung. Was dem Gebiete der Ein-
schränkungen müssen gewisse Einschränkungen ein-
treten. Eine Anzeigepflicht für den Ver-
kauf von Devisen soll eingeführt werden. Wir
werden nicht vor den drakonischen Maß-
nahmen zurückweichen, die notwendig sind, um
die Welt auf dem Niveau zu halten, das ein
weiteres Ansteigen der Lebenshaltungskosten ver-
hindert. In der Lohnfrage und der Frage des
Preisabwärtens spricht die Erfahrung der letzten
Jahre für meine Auffassung. Sie müssen die
Sache von beiden Seiten anfaßen; ich bin aber
noch bescheidener: Lassen Sie den Lohnpunkt stehen,
aber bringen Sie die Preise herunter. Das
Reichsministerium hat zurechtweise die Preise
heruntergedrückt. Die Ermäßigung der Ausfuhr-
abgabe und die Schaffung einer Freiliste war not-
wendig. Zur Erleichterung der Wirtschaft im be-
setzten Gebiet geschieht, was nur möglich ist.
(Beifall.)

Hr. Dr. Wiedes (Dn.) wünscht größere
Mittel für Handwerksangelegenheiten. Zum
Reichsminister haben wir das Vertrauen, daß er
Kapital und Arbeit gemeinsam führen und mi-
einander veröhnen wird. — Nach der Rede
des Abg. Herr Jördis

Hr. Jördis (Zr.) eine scharfe Kontrolle der
Preispolitik der Kartelle und eine engere Ver-
bindung der Regierung mit den Vertretern des
besetzten Gebietes.
Weiterberatung: Freitag 2 Uhr. Schluß
1/7 Uhr.

Die Forderungen der Sozial- demokratie.

Aus Anlaß der Beratung des Wirtschaftsteils
hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch
den Abg. Dr. Herr folgende Forderungen zur
Wartung erhoben:

1. Aufrechterhaltung der Stützungsaktion
auf der vor dem Einbruch errichteten Höhe.
2. Ausbau der Devisenordnung, und zwar
a) durch Verbot des Kaufes ausländischer
Geldes,
- b) Unterstellung der Banken unter die Kontrolle,
welche die Devisenordnung für jeden an-
deren Kaufmann vorzieht,
- c) Anmeldepflicht für Lebenskassen.
3. Verringern der rein spekulativen
Wirtschaft für Devisenkäufe durch

- a) scharfe Kreditkürzung,
- b) durch scharfe Einschränkung des Reichsbank-
potenzials,
- c) durch Gewährung von Krediten nur gegen
Ablieferung des Kurstillen durch die Tar-
schuldner, Vereinbarung mit der Reichs-
bank, größere Kredite nur auf Goldbasis
gegen Goldzins zu geben. Dasselbe für alle
Reichsbanken.

4. Wirtschaftspolitische Maßnahmen.

- a) Einschränkung der Zugabe ein Jahr,
- b) bei weiterem Steigen des hohen Dollarkurses
Heraufhebung der Ausfuhr-
abgabe auf die Höhe vor dem 1. Januar.
Wiederheraushebung der Kohlensteuer,
falls der Preisabwärt nicht vorgenommen
wird,
- c) Wiederanhebung der Freilisten für die
Wahrung.

5. Ordnung der Finanzen des Reichs, durch scharfe Erziehung des Besitzes.

Wie sehr die Reichsregierung von dem neuen
Markt überfordert ist, geht aus Mit-
teilungen hervor, die uns von unabhängiger Stelle
gemacht worden sind. Danach ist die Entscheidung
darüber, ob die Reichsbank am Mittwoch er-
neut Devisen abgeben sollte, um der starken
Nachfrage ohne eine Herabsetzung der Kurse ge-
recht zu werden, erst in einer Sitzung erfolgt, die
am Mittwoch stattfand, und in der, nach zwei-
tägiger Beratung, der Beschluß gefaßt wurde,
zu der neuen Methode der Markierung
überzugehen. Während sonst amtliche Maß-
nahmen eine gewisse Zeit zur Durchführung
brauchen, hat die Stützungsaktion daraufhin
sofort nachgelassen. Der Erfolg war das
Herausschleusen der Kurse. Es müssen also
sehr zwingende Gründe vorgelegen haben, jetzt auf
einmal die Politik zu ändern, und diese Gründe
sind in dem vereinten Kursum der Devisen-
markt und der Spekulation auf dem Devisen-
markt zu suchen. Im letzten wurde uns noch
mitgeteilt, daß die angeführten Maßnahmen
gegen eine weitere Devisenrückkehr bereits
in den nächsten Tagen Gesetzeskraft erhalten
werden. Die Reichsregierung macht davor
große Anstrengungen, um dem weiteren An-
wachsen der schon oben erwähnten entgegenzuwirken,
und man hofft, im Monat April nicht mehr die
übliche Erziehung der Schuldensumme, wie in
den vorangegangenen Monaten zu erreichen. Es
sind auch weitere Maßnahmen zur Eindämmung
der Spekulation in Erwägung, ohne daß sie jedoch
bisher greifbare Formen angenommen hätten. Die
Reichsregierung hat im besten Einvernehmen mit
der Reichsbank gehandelt.

Erwerbslosen- und Feiertagsfragen im Reichsrat. Der Antrag Sachsens abgelehnt.

Berlin, 20. April.
Der Reichsrat lehnte in seiner gestrigen
Sitzung einen Antrag Sachsens ab, eine gleiche
Stala zum Zweck der selbsttätigen Anpassung
der Höhe der Erwerbslosenfürsorge an die
Weltentwertung einzuführen. Angenommen wurde
dagegen eine Verordnung, nach der die bisherigen
Höhe der Erwerbslosenfürsorge allgemein um
60 Proz. erhöht werden.

Ferner beschäftigte sich der Reichsrat mit dem
Gesetzentwurf über die Feiertags- und Gedenk-
tage. Die Vorlage der Reichsregierung enthält
die reichsrechtliche Anerkennung und Einführung
von weltlichen und religiösen Feiertagen. Als
weltlicher Feiertag steht im Vordergrund der
11. August, als Nationalfeiertag für die Ver-
fassungsfest. Die Vorlage stellt den Grund-
satz, daß weltliche Feiertage nur durch
Reichsgesetz eingeführt werden dürfen, wobei
allerdings eine Ausnahme für die Feiertage

1. Mai gemacht wird. Die Ausnahmen über
die Feiertage sind, nach Ansicht der Regie-
rung, noch nicht so weit gefaßt,
daß die in den einzelnen Ländern hier
herangezogenen Bestimmungen eine einheit-
liche Regelung von Reich wegen gestatten. Die
gleiche Ausnahme will aber die Reichsregierung
nicht für den 9. November gelten lassen,
sondern vielmehr den einzelnen Landesregierungen
die jeweilige Anerkennung des Revolutions-
Gedenktages als Feiertag verwehren. Dafür
aber empfiehlt man einen Sonntag zum besonderen
Gedenktag für die Opfer des Krieges. Religiöse
Feiertage sollen auch in Zukunft durch das Landes-
recht bestimmt werden können. Doch werden eine
Reihe von Tagen reichsrechtlich als religiöse
Feiertage ohne weiteres anerkannt: Neujahrstag,
Ostermontag, Himmelfahrtstag,
Pfingstmontag, 1. und 2. Weihnacht-
feiertag und außerdem auch Karfreitag und
Fronleichnam, soweit sie landesrechtlich an-
erkannt sind.

Mit 36 gegen 30 Stimmen wurde der baye-
rische Antrag angenommen, der die Vorlage für
verfassungswidrig erklärt. Angenommen wurde
ferner ein Antrag, der auch den Vorschlag als
gesetzlich erklärten Feiertag bezeichnet.

Die Exekutive liegt bei der Regierung.

(N.) In der Öffentlichkeit wird, zu leicht er-
lenkbar politischen Zwecken, die Ausdehnung
verbreitet, daß die Regierung den an einigen
Orten vorgekommenen politischen Ausschreitungen
von sogenannten Selbstschutzorganisationen
tatsächlich zusehe oder sie gar begünstige. Es ist
durchaus falsch, sämtliche Ausschreitungen den
genannten Organisationen zuzuschreiben. In
mehreren Fällen steht fest, daß die Ordnungs-
organisationen an den Vorkommnissen überhaupt nicht
beteiligt gewesen sind. Es ist ferner festzustellen,
daß der Ministerpräsident, nachdem er schon
in der Regierungserklärung vom 10. April un-
zweideutig die Stellung der Regierung zu dieser
Frage dargelegt hatte, auf Anfrage in der Sitzung
des Landtags vom 13. April folgendes er-
klärte:

„Es besteht zweifellos die Möglichkeit, daß
diese oder jene Abwehrorganisation, in Ver-
tennung ihrer Aufgaben, sich Exzessivbemühungen
anmaßt, und es mag sein, daß das schon vor-
gekommen ist. Was richtig ist, gebe ich zu.
Es ist richtig, daß solche Ausschreitungen wohl
heute schon vorgekommen sind. Wir haben noch
keine abschließenden Berichte darüber, aber es
wird richtig sein. Ja, es wäre denkbar, daß
diese Organisationen in irgend einer politischen
Situation glauben, gegen die Regierung
Front machen zu müssen, um ihre eigene Meinung
durchzusetzen. Diese Gefahr besteht, und diese
Möglichkeit zu kennen wäre ganz zwecklos. Es
fragt sich bloß, welche Gefahr größer ist: die
große konkrete Gefahr, die von der äußersten
Rechten her droht, oder die
fernestere Gefahr von der äußersten Linken,
die wir allerdings zu bannen glauben
... Und glauben Sie, eine notwendige Maß-
nahme dadurch diskreditieren zu können, daß
sie, in der ersten Abrede, wie es scheint,
allerdings bedauerliche Mißgriffe vorkommen
sind, Kampfbereitschaften, welche die Regie-
rung nicht dulden kann und auch nicht dulden
wird, und ferner die betreffenden Organi-
sationen der Regierung politisch noch so nahe.

Wenn Ihnen Erklärungen dieser Art nicht ge-
nügen, dann weiß ich nicht, was Sie überhaupt
verlangen. Die Regierung ist sehr entschlossen,
etwas Übergrößen zu begegnen und
ihre Herr zu werden. Die Parteien haben
in dieser Beziehung Verpflichtungen übernommen,
und wir müssen abwarten, ob diese Verpflich-
tungen erfüllt werden.“

In folgerichtiger Ergänzung dieser unmißver-
ständlichen Erklärung hat das Ministerium des
Inneren sofort den sämtlichen in Frage kommen-
den Behörden des Landes erneut die Beachtung
des § 132 des Strafgesetzbuches eingeschärft
und sie darauf aufmerksam gemacht, daß sie
gegen die Exzessivhandlungen von Privat-
personen und gegen das Einmischen von Privat-
personen in Exekutivmaßnahmen der zuständigen
Polizeibehörden mit Entschiedenheit einzugreifen
haben. Das Ministerium hat in dieser Veror-
dung deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die
Exekutive ausschließlich bei der Regierung
und ihren gesetzlich bestimmten Organen liegt.
Es hat darüber hinaus, zur Fernhaltung von
Reibungen und zur Sicherung einer zweckmäßigen
Durchführung von diebstahligen Anordnungen,
bestimmt, daß die Behörden bei etwaigen Maß-
nahmen gegen Übergriffe von Privatpersonen die
Regierungskommission für Beratung hin-
zuzuziehen haben. Damit sind auch die Maß-
nahmen getroffen, um allen Staatsbürgern die
Beweis- und Versammlungsfreiheit innerhalb der
gesetzlichen Bestimmungen zu sichern.

Die Regierung hat zu den beteiligten Kreisen
das Vertrauen, daß sie die Anordnungen der
zuständigen Behörden, jenseits der gegen
Wucher, Willkür und politische
Übergriffe zu schützenden Kreise, energig
unterstützen und alles unterlassen werden, was
einen Schuß dieser Kreise gefährden könnte.

Das Wort hat der Herr Reichs- kommissar.

In der 306. Sitzung des Deutschen Reichs-
tages hat der kommunistische Reichstagsabgeordnete
Frolich (nach dem gedruckten Protokoll) gegen den Reichskommissar
für die öffentliche Ordnung Ränger folgendes
gesagt:

„Ich habe seinerzeit über das Schreiben
dieses Herrn in einer kleinen Broschüre einige
Ausführungen gegeben. In dieser Broschüre
wurde unter anderem ein Bericht über ein
Schreiben, das zwischen dem Herrn Ränger,
der doch wohl zufällig Reichskommissar für
öffentliche Ordnung ist, und dem Reichs-
minister Scheinik wiedergegeben. Was fand
darin? Was war die Aufgabe des Herrn
Reichskommissars für öffentliche Ordnung?
Nichts anderes und nichts Ge-
ringeres als den Reichshaupt-
ling Scheinik zu warnen vor ge-
wissen Persönlichkeiten, die in
der Reichswehr und in anderen
Verwaltungsbereichen stehen, und
die der Reichswehr nicht allzu fern-
stehen gegenüberstehen. Das sind die
Aufgaben, die ein Reichskommissar für öffent-
liche Ordnung im Auftrag der Reichsregierung
zu entwickeln hat.“

Wenn auch kommunistische Redner hier und da
mit kräftigen Worten zu malen lieben, so wäre
doch im vorliegenden Falle eine ausführliche
Auseinandersetzung der Reichsregierung oder des beauftragten
Reichskommissars am Platze gewesen. Bis

„Heimat“.

Ein gutgehender Anlaß, Eudermans „Heimat“
aufzuführen, liegt nur dema vor, wenn
man einer Künstlerin Gelegenheit geben will
die Wogda zu spielen (zum Beispiel der Körner).
Tann muß diese Wogda aber auch wahrhaftig
gewollt und in der Lage sein, die italienisierte
blonde Wesie zu mimen, die ihr Dämon von
Stagione zu Stagione hegt, die Kapabel ist, ihre
Impresario merkwürdig zu zwiebeln und könig-
lich preisliche Regierungsgröße zur Tür hinan-
zuwerfen. All diese schönen Vorzüge stehen bei
Friederike Lehner nur im Text; in der Dar-
stellung glaubt man sie ihr nicht. Sie ist eine
kluge, deutsche Wogda: ruhig, besonnen, überlegen;
sie könnte einmal eine brave, schöne Hausfrau
werden (die eine bessere Lage“ gesehen hat).
Aber sie ist nicht die Wogda, die eine Dar-
stellerin aus der eisenernen Oberleitungsleitung
machen muß, um sie aus dem Eudermans-
Tampfen ins Persönlich-Menschliche emporzuheben.
Im übrigen sieht man allerlei Provinzialität. Der
Einsatz des Regisseurs Willy Loebe, den Ober-
leitungsleiter A. D. Schwarte in eigene Regie zu über-
nehmen, ist wohl nur auf den herrschenden Mangel
an geeigneten Darstellern zurückzuführen. Das
Experiment mißglückte. Es gelang ihm nicht, den
altpreussischen Kanzer und Hampelmann der
Ephäre des Hofenhofen zu entrücken. Das viel-
gelobte Spiel vor dem Hofenhofen blieb mit
der unheimlichen Komik behaftet, die nun einmal
auf allen Provinzialitäten, von Ueborn bis
Schwefingen, in diesem Falle angeborene Tradition
ist. Abeline Kosmer, die seine Frau gibt,
kann sich noch immer nicht entschließen, in älteren
Kollen alt anzusehen. Auch Arno Großmann
hat für den Pörrer Festbesitzer, den Vor-
sitzenden, noch nicht genug Festbesitzer angefaßt,
versucht ihn aber sonst mit guten Mitteln und von
innen heraus zu gestalten. Als immer „so be-
wegte“ Tante Fränze vermag Anna Schendler,
die als Wogda mitspielt, wirkliche Komone. Wil-
helm Straube als tollerter Schuft und Regie-

regentat von Keller: aller Körperstüdenentyp von
beifender Schürze. Ansonst ist mit der Anglegen-
heit in der Kunst nicht viel Staat zu
machen.

Alibi-Abend. (William L. Rogers.) Die
junge schlanke Amerikanerin hatte sich eine zum
Teil recht anspruchsvolle Aufgaben entfallende
Vortragshandlung zusammengestellt, als Doch-
Liz: G-moll-Phantasie und Fuge, Chopin F-moll-Phan-
tasie, Nigt H-moll-Sonate u. a. m., und solchen
ist sie doch noch nicht reiflos gewachsen, schon
nach der physischen Seite nicht. Aber auch die
Technik reagiert noch nicht durchweg zuverlässig,
dem Anschlag fehlt oft noch die benötigte Prä-
gnanz und Präzision. So ward manches verwischt.
Und gleichwohl wies William Rogers sympathisch
im Rahmen des ihr Erreichbaren. Mich dankt,
sie müsse also sich zunächst Aufgaben suchen, die
innerhalb der Grenzen liegen, die ihr ihre Be-
gabung vorschreibt. Die junge Pianistin sprach
sich am meisten im italienischen Ausdruck an. Hier
atmete ihr Spiel ein ihrer Wädhgenhaftigkeit ent-
sprechendes natürliches warmes und auch poetisches
Empfinden. Die Klavierliteratur ist reich genug
an Aufgaben, die für sie in Frage kämen. Also,
abzusehen von solchen, wie sie sich noch in kleineren
Stücken, Etüden und dergleichen gefaßt hatte.

Vortragabend. Im Künstlerhaus hatte
gestern der im Vortrag schon geübte Lauten-
spieler und Sprechkünstler Hans Fik zur eine
kleine, aber dankbare Gemeinde, die namentlich
den heiteren Sachen von vornherein freundlich
gestimmt war. Der Vorleser des für Dresden
neuen Mannes zählt zu den „eingefrorenen“
Stimmen. Es fehlt ihm an der von innen heraus
quellenden Festlichkeit oder auch an der melodischen
Wärme. Hier und da schien es, als wollte die
Stimme ausfließen und sich von den Hemmungen
befreien. Diese Eindrücke waren dann recht er-
freulich, so bei der unverwundlichen „Vogelchönheit“.
Mit diesem oder jenem Stücken von Hannes

Stup und bei den wirksam-knappen Scherzen von
Wilhelm Fick. Hans Fik bedarf, wofür nicht
eine harte Indisposition ihn gesten behinderte,
noch der eingehenden stimmlichen Schulung. Wei-
terhinlose Streden darf es weder im piano noch im
parlando geben.

Das Verfahren gegen Direktor Will. Unter
dem Vorbehalt von Geh. Rat Wächsmann begann
heute vormittag bei der Reichshauptmannschaft das
Verfahren gegen den Direktor Will vom Reichs-
Schauspielhaus, bei dem über den Antrag auf
Entziehung der Theaterkonzession ent-
schieden werden soll. Als Sachverständiger ist
Graf Seebach geladen. Die Bühnengenossenschaft
ist durch Justizrat Schüringer, Präsident Ballauer,
Rechtsobmann Paulsen und den Obmann des
Volksverbandes Großmann vertreten. Direktor
Will vertreten die Rechtsanwälte Dr. Geldner
und Wolf. Die Verhandlung wurde auf den
11. Mai 10 Uhr vormittags verlagert, da die
beiden Zeugen Hl. Hammer und Hl. Hammer
persönlich vor Gericht erscheinen sollen.

Eine Bibliothek für 1 1/2 Millionen Dollars.
Die berühmte französische Bibliothek Noederer ist,
wie im „Viertel“ berichtet wird, an den ameri-
kanischen Antiquar Dr. Rosenbach für 1 1/2 Mil-
ionen Dollars verkauft worden. Die Bibliothek
reicht die reichste Sammlung von illustrierten
Originalwerken des 17. und 18. Jahrhunderts
dar; sie zählt ungefähr 6000 Bände und 8000
Originalzeichnungen. Die größten Schätze unter
den Zeichnungen ist die Folge von 276 Blättern
von Dabry zu den Fabeln LaFontaines und von
186 Zeichnungen Tragonards zu Kriess „Rafendem
Kofand“.

Wissenschaftliche Nachrichten. Die französi-
sche Akademie hat als Nachfolger des verstor-
benen Präsidenten der Republik Deschanel den
französischen Hofschaffler in Rom Jonnart im
vierten Wahlgange mit 16 gegen 8 Stimmen, die
der republikanische Schriftsteller Charles Maurras er-
zielte, gewählt.

Theaternachrichten. Sächsische Staats-
theater, Opernhaus. Sonntag, am 22. April,
„Tannhäuser“. Rudolf Ritter vom Landes-
theater in Stuttgart (Tannhäuser als Held), Friedrich
Blaschke (Wolfram von Eschenbach), Eva Blaschke-
u. der Oden (Elisabeth), Charlotte Bieder (Wend).
Anfang bereits 6 Uhr (mit Rücksicht auf aus-
wärtige Besucher).

Schauspielhaus. Das „Mysterium „Lu-
cifex“ von Eduard Stucken ist für die nächste
Spielzeit zur Uraufführung erworben worden.
Sonntag, den 22. April, „Die deut-
schen Kleinfürsten“. Anfang 7 Uhr.

Kunstnachrichten. Montag, den 30. April (Vogel-
haus, Ostra-Allee): Konzert der Dresdener
Vokalvereinigung. Leitung: Musikdirektor Otto
Winter. Mitwirkung: Konzertmeister Max Straub
(Staatoper) Boline, Dora Wyl (Alt), Paul
Kron (Klavier).

— Unter Einladung der Internationalen Gesell-
schaft für neue Musik in Berlin folgend, wird die
Musikalische Kapelle der Sächsischen Staats-
theater unter Leitung des Generalmusikdirektors
Fritz Busch am Samstag, den 5. Mai, in der
Berliner Philharmonie ein Gastkonzert veranstalten.
Ursprünglich trat das Dresdener Orchester an der
gleichen Stelle am 28. Oktober 1915 auf bei der
Uraufführung der „Alten Sinfonien“ von Richard
Strauss unter der Leitung des Komponisten.

Sonnabendbesuch in der Kreuzkirche, nach-
6 Uhr. Mitwirkende: Der Kreuzchor. Solist:
Kameramuffist Theo Bauer. Orgel: Kirchenmusi-
kdirektor Bernhard Pfannkuch. Leitung: Johannes
Köder.

Jahnauer & Schwab. Ab 23. April Sonder-
ausstellung von Paul Weizsäcker, Motive aus den
Alpen, der Sächsischen Schweiz u. a.

Tredner Künstler ausländisch. Kurt Laucher,
der Dresdener Heidentenor, der in der letzten be-
endeten Saison der Metropolitan-Oper in New
York als alleiniger Heldentenor die deutsche
Oper vertrat, und der auf eine weitere
Reihe von Jahren für New York ver-
pflichtet wurde, schiffte sich am 14. April mit
dem Dampfer „George Washington“ nach Europa
ein und wird am 1. Mai seine Tätigkeit hier wieder
aufnehmen.

Ist es aber eine solche Ansetzung nach unserer Meinung nicht erfolgt. Der Herr Reichskommissar für die öffentliche Ordnung und die Reichsregierung müssen aber um so mehr auf die Verhängung des kommunistischen Ungehorsams hingewiesen werden, als, wie man hier, der Plan besteht, Herrn Müller mit der Leitung der neu zu erziehenden Zentralstelle der Reichsministerialpolitik zu betrauen. Das republikanische Deutschland kann verlangen, daß an die Spitze dieser neuen, politisch hochbedeutenden Einrichtung eine Persönlichkeit gestellt wird, an deren gut republikanischer Gesinnung auch nicht im entferntesten zu zweifeln ist. Der Vorwurf, den Hg. Frölich dem Reichskommissar gemacht hat, müßte für diesen die ernstesten Folgen haben, wenn auch nur ein Teil des von Herrn Frölich behaupteten Sachverhalts zuträfe. Herr Müller hat deshalb unseres Erachtens einige Veranlassung, die Haftlosigkeit der gegen ihn erhobenen Anschuldigung darzutun. Es ist dringend notwendig, daß die zuständigen Stellen die Angelegenheit klären und der Öffentlichkeit dessen Aufschluß geben, damit insbesondere in den Reihen der republikanischen deutschen Arbeiterchaft nicht unnötig Verwirrung erzeugt wird.

Der britische Plan weiterhin gültig.

London, 20. April.

Die „Times“ sprechen in einem Leitartikel die Hoffnung aus, daß Lord Curzon die Gelegenheit ergreifen werde, die Stellung Englands in der Ruhrfrage klar darzulegen. Die Regierung habe eine Politik, die zwar eine gesunde Politik, die von der Mehrheit der Nation anerkannt werde. Der Augenblick für eine entscheidende Aktion sei noch nicht gekommen. Die Öffentlichkeit habe keinen Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung ohne Plan sein werde, wenn der Augenblick zur Intervention komme. Die wirkliche Bedeutung des letzten Besuchs eines britischen Staatsmannes sei der Kaufmannschaft entgangen. Er sei gekommen, um seine britischen politischen Kollegen zu sehen, hauptsächlich weil, wie mit einiger Sicherheit angenommen werden könne, er und zahlreiche andere Franzosen mit ihm während der letzten drei Monate sorgfältig den Reparationsplan geprüft haben, den Lord Curzon im Januar mit nach Paris nahm. Der britische Plan sei weiterhin gültig und bei der ersten zusammenhängenden Sitzung der vier großen Mächte der Welt, der vorläufigen Regierung der Frage der Reparationen und der internationalen Schulden. Er könne zweifellos einige Veränderungen erfordern, aber man dürfe wahrscheinlich mit Bestimmtheit behaupten, daß eine wachsende Zahl denkender Franzosen vorhanden sei, die der Ansicht seien, daß eine Lösung nur auf der von Großbritannien vorgeschlagenen Grundlage durchführbar sei. Was auch immer die Vorteile des räumlichenden französischen Planes seien, es sei unmöglich zu bestreiten, daß die Aktion Poincarés bisherige Ergebnisse erzielt habe, die den beabsichtigten genau entgegengesetzt seien. Deutschland, das seit dem Kriege zerfallen wurde, im Streite der Klassen und der Staaten, habe eine neue Einheit gefunden, und während die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich durch die Besetzung des Ruhrgebietes sehr vermindert worden seien, würden die Ölquellen Deutschlands immer geringer und seine Zahlungsfähigkeit immer schwächer. Es könne keine Zahlungen geben, außer in Sachleistungen, wenn nicht ein stabiles Geld vorhanden sei, in dem gezahlt werden könne. Curzon sei in der ausgezeichneten Lage, den Briten zu können, wie am besten das Zusammenwirken mit Frankreich, das England wünsche, aufrechtzuerhalten werden könne. Eine allgemeine Erklärung über die britische Stellung werde dringend gefordert. Die Interessen des Landes verlangen die Wiederherstellung Europas. Dieses Ziel werde sehr hingehalten durch die augenblicklichen Schwierigkeiten im Ruhrgebiet.

Rift gegen die Gewaltpolitik.

Amsterdam, 19. April.

Nicht hat an die im Haag tagende Konferenz der Weisheit für die politische Welt ein langer Brief über die europäische Lage geschrieben, in dem es u. a. heißt: Es sei nicht länger zu dulden, daß die besiegten Länder wegen der Reparationspolitik ihren Charakter als souveräne Staaten verloren haben. Die Sieger, die dem Unterliegen alle greifbaren Güter weggenommen und alle verfügbaren Ölquellen entzogen haben, die verlangen, daß die Besiegten die Besatzungskosten bezahlen, die mehr kosten als die größten Erere der Vorkriegszeit, verdienen kein Vertrauen, keine Achtung, wenn sie durch Gewaltmittel ihr Ziel erreichen wollen nur zu dem Zweck, dadurch das innere Leben der vornehmlichen Feinde zu bedrohen und weitere Teile ihres Grundgebietes loszulösen oder ihre Wüstung zu vergrößern. Die Grundlage jeder anständigen Politik kann nur darin bestehen, daß der Reparationspolitik ein Ende gemacht wird, denn diese hat sich als dauernder Schwindel und unglaublicher Betrug gegenüber der Welt entpuppt.

Nochmal eine französische Darstellung des Offener Blutbades.

Paris, 19. April.

Die französische Regierung hat den deutschen Protest vom 4. April gegen das am Oberloren in französischen Truppen auf den Kruppischen Werken in Essen gerichtete Blutbad mit der folgenden Note vom 18. April beantwortet:

Ihr Schreiben vom 4. April, womit Sie mir die Bemerkungen Ihrer Regierung über die Zwischenfälle mitteilen, die sich am 31. März in Essen abgespielt haben, enthält unrichtige Behauptungen, zu deren Verichtigung ich mich nach den sehr genauen Feststellungen der von mir angeordneten Untersuchung für verpflichtet halte. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Automobilliste der Kruppischen Werke sich nicht in der Mitte der Fabrikgebäude, sondern am Rande einer Straße befindet. Die Besetzung der Halle durch die französische Abteilung, die mit der Requisition der Automobile beauftragt war, konnte deshalb die Tätigkeit der Arbeiter in keiner Weise stören. Der Offizier, der die Abteilung befehligte, hat überdies sofort nach seinem Eintreffen, also um 7 Uhr morgens, über den Zweck seines Auftrages dem Chef der Automobilliste Mitteilung gemacht. Es konnte deshalb kein Zweifel über den Grund seiner Anwesenheit bestehen, die von den Arbeitern überhaupt nicht bemerkt worden wäre, wenn sie ihnen nicht signalisiert worden wäre. Erst um 9 Uhr traten die Streikenden in die Besprechungen zwischen dem Betriebsrat und der Werkleitung in Tätigkeit, wodurch die Arbeiter genötigt wurden, die Werkstätten zu verlassen und sich um die Automobilliste zu versammeln. Die Menge beobachtet wurde eine verhältnismäßig ruhige Haltung, jedoch traten Redner auf, die Ansprachen hielten und die Menge gegen den Offizier und gegen die von ihm befehligte Abteilung aufreizten. Auf diese Aufreizung, für welche die Werkleitung verantwortlich ist, mußte die feindselige Haltung zurückzuführen werden, die von der Menge der Arbeiter in immer zunehmendem Maße angenommen wurde. Die Arbeiter schlangen Spalierhölzer und Revolver (!) und begannen Steine und Knochensplitter auf die französischen Soldaten niederzuwerfen zu lassen. Der Offizier wurde sogar an der Hand getroffen. Andererseits begab sich ein Teil der Aufreißer hinter das Gebäude, um die französische Abteilung rückwärts zu schießen, während Automobilen an die äußere Mauer herangebracht und Dampfströme in die Halle hineingeleitet wurden (!), um die Besatzungsabteilungen zu verdrängen. Der Offizier hat trotz der sehr frühen Lage, in der er sich befand, seinen Augenblick die Selbsttätigkeit verloren, obwohl er von allen Seiten umringt und bedroht war, übermächtig zu werden. Der Offizier betraufte die vornehmlichsten Normannen in deutscher Sprache. Als diese Normannen ohne Wirkung blieben, ließ er zwei Schüsse in die Richtung der Mauer geben, was nur eine sehr leichte Beschädigung zur Folge hatte. Dann erst befehligte der Offizier eine Eskorte, wobei er absichtlich als Zielpunkt den oberen Rand der Einfahrt gegenüberliegenden Mauer angab. Dadurch wurde es möglich, die Zahl der Opfer auf das äußerste zu beschränken. Die Abteilung konnte sich alsbald in guter Ordnung zurückziehen. Ich sage hinzu, daß die Augenzeugen die Richtigkeit der Tatsache wie ich mich beehrt habe, sie vortrefflich wiederzugeben, bestätigt haben.

Diese Darstellung scheint keinen Zweifel für die Richtigkeit der Darstellung und einiger Tatsachen bestehen zu lassen, und daß einer völlig normalen Requisitionsmaschine eines Zwischenfalls herbeizuführen, für den Sie die Verantwortung tragen müßte. Genehmigen Sie usw. geg. Poinecaré.

Die deutsche Ernüchterung.

Berlin, 19. April.

Die Reichsregierung hat den deutschen Geschäftsträger in Paris beauftragt, die vorkommende französische Note wie folgt zu beantworten:

Die deutsche Regierung stellt mit Genugtuung fest, daß die französische Regierung, die bisher die deutschen Proteste gegen das Vorgehen ihrer Truppen im Ruhrgebiet unbeanstandet gelassen hat, sich jetzt bereit zeigt, zu den demütigsten Ereignissen, die sich am Oberloren in Essen abgespielt haben, amtlich Stellung zu nehmen. Die Ausföhrungen der Note vom 18. April, die das Ereignis der französischen Ermittlungen über jene Ereignisse wiedergeben und damit die deutsche Darstellung des Sachverhalts widerlegen wollen, können jedoch nicht als zureichend anerkannt werden. Die der deutschen Regierung inzwischen noch zugegangenen Nachrichten haben die Darstellungen der deutschen Note vom 4. April in allen Punkten, auf die es sich die Bezeichnung des Sachverhalts ankommt, als richtig bestätigt. Das gilt insbesondere von den Gerichtsprotokollen über die eisdige Vernehmung von mehreren Arbeitern und Angestellten der Kruppischen Werke, die wegen der Verhältnisse gezeichnet sind. Die deutsche Regierung ist bereit, beglaubigte Abdrücke dieser Vernehmungsprotokolle der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen, falls auch diese ihr Beweismaterial herausgibt. Am jedoch ohne jede Verzögerung zu einer von beiden Seiten anzuerkennenden Feststellung des Tatbestandes zu gelangen, schlägt die deutsche Regierung die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission vor, die gemäß dem Haager Abkommen von 1907 das beiderseitige Beweismaterial zu prüfen und auch alle sonstigen für den Zwischenfall in Betracht kommende Tatsachen anzuführen hätte. Obwohl die deutsche Regierung den Antrag auf Einsetzung einer solchen Kommission hinsichtlich früherer Vorfälle im Ruhrgebiet vergeblich gestellt hat, erwartet sie, daß sich die französische Regierung jetzt dem internationalen Untersuchungsverfahren nicht entziehen wird. Die französische Regierung wird nicht behaupten wollen, daß der Zwischenfall von Essen keine einwandfreie Klärung in einem kriegsgerichtlichen Verfahren finden würde, wie es ausnehmend von den französischen Beschuldigten gegen die noch immer in Haft befindlichen drei Mitglieder der Direktion der Kruppischen Werke durchgeführt werden soll. Da es sich um die Frage handelt, ob die Schuld an dem Zwischenfall bei den auf deutscher Seite beteiligten Personen oder bei den französischen Besatzungstruppen liegt, würde ein aus Angehörigen dieser Truppen gebildetes Kriegsgericht zugleich Partei und Richter sein.

Die englische Arbeiterdelegation über die Lage im besetzten Gebiet.

Gestern abend wurde, wie bereits kurz gemeldet, der vom A. B. R. betriebe Bericht der

aus den Parlamentmitgliedern Thomson, Tom Shaw und Charles Bayton sowie dem Brigadegeneral Thomson bestehenden Arbeiterdelegation über ihren Besuch im Ruhrgebiet veröffentlicht.

Der Bericht stellt fest, daß sowohl im Rheinlande außerhalb der britischen Zone wie auch im Ruhrgebiete der Eisenbahnverkehr im Mitleidenhaft gezogen werde und daß der Straßenbahnverkehr im Gegensatz zu früher langsam, unregelmäßig und unzuverlässig sei, daß der telegraphische und telephonische Verkehr für die Zivilbevölkerung so gut wie aufgehoben sei und daß das Geschäftsleben im Ruhrgebiete still stehe. General Bayton habe die Lage richtig als Katastrophe bezeichnet. Auch die britische Zone im Rheinlande sei unzulänglich. Unter diesen Umständen sei die Lage der britischen Kaufleute unmöglich geworden. Die allgemeine Ansicht scheine dahin zu gehen, daß die Industrie um die Hälfte zurückgegangen sei. Von Lebensmittelpreisen sei nichts bekannt. Die Lebensmittelpreise hätten die Regierung gezwungen zu fällen. Dies könne zurückgeführt werden auf die Maßnahmen der deutschen Regierung, das Ruhrgebiet verpflegt zu halten. Über die Haltung der Arbeiter sagt der Bericht, sie sei im ganzen vernünftig und gemäßigt gewesen. Viele von ihnen hätten zugeredet, daß Deutschland Reparationen zahlen müsse. Sie widersetzten sich jedoch, bis auf den letzten Mann eingeschlossen, jeder Zerstückelung Deutschlands. Die Stimmung sei zum großen Teil nationalistisch. Dies sei jedoch nicht zurückzuführen auf irgendeinen von der deutschen Regierung oder deutschen Arbeitgebern ausgehenden Einfluß. Tatsächlich bestehe Grund zur Annahme, daß die Arbeiter das mächtigste Element des Widerstandes gegen die ungesetzliche Aneignung der Ruhrzone durch Frankreich in irgendeiner Weise bilden.

Zur britischen Stellung im Rheinlande erlaßt der Bericht, die Fortsetzung der augenblicklichen Politik der Untätigkeit könne schließlich nicht bestehen, die Stellung der britischen Vertreter zu untergraben. Langsam aber sicher nehme der Eindruck zu, daß Großbritannien ein zu vernachlässigter Faktor sei. Eine Politik, die sich in einer solchen Krise treiben lasse, sei unvereinbar mit der britischen Würde und dem britischen Interesse.

Der Bericht der Arbeiterdelegation kommt zu dem Schluß, daß im Ruhrgebiet der Kriegszustand herrscht. Die augenblickliche Lage bilde eine Katastrophe für den Weltmarkt, insbesondere für den britischen Handel. Frankreich gebe Millionen für die Besetzung aus und erhält dafür fast nichts. Trotz der oberflächlichen Ruhe seien unter der Oberfläche Leidenschaften im Werke, die unkontrollierbar werden könnten, sowohl durch das französische Ober als auch durch die deutsche Regierung.

Der Bericht schließt mit der betriebe gemeldeten Forderung eines sofortigen Appells an die deutsche und die französische Regierung, näher Vorschläge bezüglich der Reparationen und Sicherheit einem internationalen Tribunal zu unterbreiten.

Ortenberg besetzt.

Freiburg, 20. April.

Französische Truppen haben heute morgen gegen 8 Uhr von Offenbach aus Ortenberg an der Schwarzwaldbahn besetzt. Die Besetzung von der Besetzung von Gengenbach befreit sich nicht. Die unterbrochenen gemeinsamen Verbindungen mit Gengenbach sind teilweise wieder hergestellt. Französische Patrouillen sind wenige Kilometer vor Gengenbach und zwar bei Ohlsbach festgesetzt worden. Gengenbach ist zur Stunde 11 Uhr vormittags nicht besetzt. In Ortenberg ist der Bahnhof und das Rathaus besetzt. Das Vorgehen der Franzosen läßt darauf schließen, daß sie beabsichtigen, den über Ortenberg und Riebschopfheim für Offenbach bestimmten Zulieferungsverkehr zu unterbrechen.

Französisch-englischer Konflikt.

London, 20. April.

Im Unterhaus wurde mitgeteilt, daß das französische Ausfuhrverbot für englische Munition in einem energischen Protest Englands geklärt habe. Mac Neill gab bekannt, daß die britische Regierung wochenlang sich bemüht habe, eine Entlastung des Erbes zu erlangen, indem sie darauf hinwies, daß eine Entlastung für Italien und Belgien, die Großbritanniens nicht zugute komme, eine Verletzung der englisch-französischen Konvention von 1882 bedeute. Mac Neill fügte hinzu, er wolle zu seinem Bedauern mitteilen, daß die französische Regierung keine Möglichkeit anbot, ihre Vorgehen zu revidieren und sich über die Verletzung der Konvention nicht äußern habe. Der britische Botschafter in Paris ist beauftragt worden, nachdrückliche Vorstellungen an die französische Regierung zu richten, da die britische Regierung die Angelegenheit als bedeutungsvoll ansieht.

Ausrufung der Rheinrepublik?

Paris, 19. April.

Die Zeitung „Le Nouveau“ behauptet, daß die französische Regierung beabsichtige, die administrative und wirtschaftliche Autonomie der Rheinlande zu errichten und daß dieser Maßnahme dann sehr bald die Ausrufung der rheinischen Republik folgen würde. Das Blatt fügt hinzu, es habe Gründe, anzunehmen, daß es sich hier nicht um eine Phantasie handelt. Die französische Regierung wolle eine Unabhängigkeit der Rheinlande schaffen, durch die diese vollkommen vom übrigen Reich losgelöst würden.

Es bedurfte nicht erst der Pariser Warnmeldung d. S. „Le Nouveau“ von der Absicht der französischen Regierung, die wirtschaftliche Autonomie der Rheinlande als Vorstufe der Ausrufung einer „Rheinischen Republik“ vorzubereiten. Die Ausweisung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete zeigte schon deutlich genug, daß die maßgebenden Männer in Paris tatsächlich der Meinung sind, sie könnten ihre rheinischen Pläne mit Worten in naher Zukunft verwirklichen. Die Aufhebung des Reichskommissariats in Koblenz, dieser einzigen Verbindung zwischen Rheinlandskommission und rheinischer Bevölkerung, war schon lange eine Forderung der französisch besetzten rheinischen Separatisten und der französischen Rhein-Republikaner unter Führung des Nationalisten Barres. Diese Forderung verlangte die Befreiung der Vertreter der Reichsregierung und der deutschen Landesregierungen, um die rheinische Bevölkerung zu zwingen, unmittelbar mit der Rheinlandskommission zu verfahren. Gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit hat die Rheinlandskommission mehrere Versuche gemacht, sich bei der rheinischen Bevölkerung anzukündigen. Sie wollte dadurch die Stellung des deutschen Reichskommissariats unterhöhlen und den Rheinländern klarmachen, daß sie in allen Akten und Beschwerden sich vertrauensvoll an die Rheinlandskommission wenden könnten. Jene Zusammenkunft, zu welcher der französische Chef der Rheinlandskommission, Kireb, Vertreter aller Schichten der Bevölkerung eingeladen hatte, ver-

ließ aber daran, daß eine weitere Einladung an die Bevölkerung nicht ergangen ist. Alle Redner, die zu Worte kamen, warteten dem französischen Oberkommissar nicht nur mit einem Hagel von Beschwerden auf, sondern ließen ihn auch nicht darüber im Zweifel, daß die Rheinländer nur die Reichsregierung und ihre Landesregierungen als für sie maßgebend anerkennen.

Nachdem nun der Reichskommissar befreit ist, hoffen die französischen Politiker auch, daß es ihnen gelingen werde, unter Berufung ihrer wirtschaftlichen und politischen Forderungen die Bevölkerung zur Kapitulation vor der Rheinlandskommission zu zwingen. Schon lange ist der Wunsch der französischen Rheinpolitiker, daß an Stelle des Reichskommissars und des parlamentarischen Beirats beim Reichskommissar ein wirtschaftlicher Beirat aus der rheinischen Bevölkerung treten möge. Man will, wie man die Separatistenbewegung finanziert und gestützt hat, eine Reihe von Scheinbetreibern der rheinischen Bevölkerung, also willige Kreaturen, der Rheinlandskommission angliedern, um dann die Wünsche dieser sogenannten rheinischen Vertretung als die der rheinischen Bevölkerung in die Welt hinauszutragen. Eben erst hat aber der betriebe betriebe Wirtschaftsausschuß der rheinischen Bezirksverbände erklärt, daß er keinerlei Loslösung vom Reich oder auch nur von Preußen mitmachen wird. Der Wille der rheinischen Bevölkerung in allen Schichten ist fest. Man muß sich aber darauf gefaßt machen, daß ihn die Rheinlandskommission binnen kurzer Zeit auf eine harte Probe stellen wird. Die Entfernung des Reichskommissariats ist nur ein Kustall zu den französischen Plänen. Der nächste Akt wird unumgänglich der Rheinprovinz in Verbindung mit der Rheinlandskommission zu bringen, um so die Schaffung einer rheinischen Parlamentes vorzubereiten. Wie wir abergung sind, daß man im Innern Deutschlands diesen ungemünzten Vorgehen die nötige Aufmerksamkeit schenken wird, so sind wir auch gewiß, daß die Rheinländer wascham und entließen diesen Plänen begegnen werden.

Polnischer Vertragsbruch gegen Danzig.

Der Stellvertretende Präsident Dr. Zichm machte heute im Hauptsaal des Senats folgende Mitteilungen über angebrochene Sperremaßnahmen der polnischen Regierung gegen die freie Stadt Danzig. Die polnische Regierung hat dem Senat mitgeteilt, daß vom 20. d. M. ab, also von morgen ab, Waren, deren Einfuhr in das polnische Gebiet und deren Ausfuhr aus dem polnischen Gebiet verboten ist, nur dann über die Grenze des polnischen Gebietes gelassen werden, wenn sie durch Kauf- und Einfuhrbewilligungen gedeckt sind, die durch die zuständige polnische Behörde ausgestellt worden sind. Keine andere Kauf- und Einfuhrbewilligung soll berücksichtigt werden. Die Sendungen von solchen Waren, deren Kauf- und Einfuhr verboten ist, werden rücksichtslos angehalten und unter Umständen dem Strafverfahren unterworfen werden. Dieses bedeutet einen Verstoß gegen die Artikel 211 und folgende des Danziger polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921, wonach die Danziger Regierung und nicht die polnische Regierung die Ein- und Ausfuhrbewilligungen zu erteilen hat. Der Streitfall ist nach Genf berichtet und ist dort von beiden Seiten dem Völkerbundskommissar unterbreitet worden. Nach einer telegraphischen Mitteilung aus Genf ist eine Entscheidung in dieser Woche zu erwarten.

Die Beziehungen zwischen der Republik Polen und der freien Stadt Danzig sind in der letzten Zeit ungünstiger denn je geworden. Die Meinungen, an denen es nie gefehlt hat, haben sich außerordentlich vermehrt und verschärft. Der Ton der polnischen Presse, ohnehin niemals freundlich gegenüber Danzig, ist überaus gereizt, gehässig und voll von allerhand Drohungen, so daß der Eindruck entstehen mußte, als ob es sich um eine neuerdings ausgegebene gemeinsame Parole handele. Verfaßt wurde dieser Eindruck durch wiederholte, mit gänzlich unbegründeten Vorwürfen gegen Danzig versehene Äußerungen des polnischen Ministerpräsidenten Sikorski, der erst in der vorigen Woche wieder in Polen über Danzig sprach hat: „Das Verhältnis Danzigs zu Polen wird sich so gestalten müssen, wie es die Interessen Polens erfordern. Danzig will nur Vorteile aus dem Verhältnis zu Polen ziehen und gibt seine Verpflichtungen nicht zu. Es muß bedenten, daß es nur eine freie Stadt ist und seine Zukunft von Polen abhängt. Polen hat nicht die Absicht, hier weiter die bisherige Nachgiebigkeit zu üben.“

In Danzig ist man sich bewußt, daß gegen Polen eingegangene Verpflichtungen treulich erfüllt zu haben, und weiß im übrigen nicht das mindeste davon, worin die von Sikorski geäußerte polnische Nachgiebigkeit bestanden haben soll.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Amtsgerichtsrat Dr. Paul Georg Schmidt in Leipzig ist mit Wirkung vom 1. Juli als Amtsgerichtspräsident in Chemnitz ernannt worden.

Die heute ausgegebene Nr. 29 von Teil I des Reichs-Gesetzblattes enthält: Gef. über Gebühren für Arbeitsbücher; Wdg. über die Abrechnung von Reichsgebühren (Abrechnungsbögen); Wdg. zu den Kauf-Verordnungen zum Beschäftigungspersonalgesetz; Wdg. über die Befreiung von Zwangsverhandlungen gegen die Pagarordnungen; Bestimmungen über den Grundlohn in der Krankenversicherung; sowie Wdg. zum § 592 der Reichsverfahrensordnung.

Dresden.

Stadtvorordnetenung.

In der gestrigen Sitzung wurden bewilligt 4 Mill. M. für Jugendpflege und Unterstützung armer Kinder der Volk- und Hörschulen, 8 575 000 M. zur Entschädigung der Verluste der Volk- und Hörschulen bei Klassenwanderungen, 10 Mill. M. für den Erneuerungsfonds des Gängebades, 300 000 M. für sofortige Anschaffung der roten Schulkittel für 1923/24. — Eine Ratvorlage, nach der 62 Mill. M. für die Öffentliche Handelsbankanstalt der Dresdener Kaufmannschaft in den Haushaltsplan 1923 als veranschlagte Leistung der Stadt eingestellt werden sollen, wurde verabschiedet. — Angenommen wurde der Antrag des Stadtd. Böllig (Eoz.), der wie folgt lautet: Kollegium wolle beschließen, a) vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts Dispens zu erbitten, die diesjährigen Elementarwahlen nicht stattfinden zu lassen, b) bei Ablehnung des Dispensgesuches die diesjährigen Wahlen nach der Festsetzung des Schulausschusses auf den 10. Juni anzusetzen.

Der Dresdener Verein der Rinderfreunde (Rinderklub) e. V. hielt am Mittwoch nachmittags

in Gegenwart von Vertretern des Ministeriums des Innern, der Gewerbeaufsicht, des sächsischen Jugendamtes, von Schul- und Kreisrätinnen usw. seine Jahreshauptversammlung ab. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht ergab ein anschauliches Bild von der mühevollen aber segensreichen Arbeit des Vereins. Das Geschäftsjahr brachte einen erfreulichen Fortschritt. Dank des Entgegenkommens der Landesheilungsgesellschaft „Sächsisches Heim“ konnte das Kinderheim Omschütz gegründet werden. Es dient als Aufnahmestätte für kurze Zeit, bis die der Fürsorge bedürftigen Kinder ein anderweitiges geeignetes Unterkommen haben. Zahlreichen Kindern ist gewährt das andere Kinderheim Bergfrieden in Tharandt. In der Außenpflege hatte der Verein 1208 Kinderjahre zu erledigen. Der Verein geht allen Fällen von Mißhandlung, Verwahrlosung, fittlicher Gefährdung und Ausnutzung nach und nimmt sich besonders der ver- schulpflichtigen Kinder an, ohne Rücksicht auf die Konfession und politische Gesinnung der Eltern. Die Schulaufsicht wurde in 735 Fällen aufgeklärt. Unter dem Druck der Verhältnisse sieht sich der Verein leider genötigt, die Außenpflege auf das absolut notwendige Maß zu beschränken, schließen doch die beiden Kinderheime trotz der reichlichen Unterstützung von Staat und Stadt sowie von Rinderfreunden, auch aus dem Ausland, mit erheblichen Selbstbeträgen ab. In Anerkennung ihrer Verdienste um den Verein wurden die Herren Fabrikbesitzer Seyring und Regierungsbaurat Siegemann zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Gemeinnütziger Verein. Der Gemeinnützige Verein zu Dresden erstattet den Rechenschaftsbericht über das Jahr 1922. Die öffentlichen Vorträge sind in diesem Jahre wegen der hohen Löhnen einwweilen eingestellt worden. Die Preissteigerung für Material bis zum 3000fachen des Friedenspreises und darüber und das außerordentliche Anwachsen aller übrigen Ausgaben bedingte öftere Erhöhung der Teilnehmerbeiträge für den Hand- fertigkeitstheater. Die Teilnehmerzahl betrug 4140 (1921: 5237). Das Kultusministerium bewilligte zur Unterhaltung des Handfertigkeitstheaters 5000 M., der Rat zu Dresden 55 000 M. In freundlicher Weise unterstützten verschiedene Firmen die Werkstätten durch kostenlose Überlassung von Material. Die mehr als 40 Jahre betriebenen Jugendspiele des Vereins sind nunmehr auszuheben, da von der Schule verbindliche Spielstunden für die Oberklassen eingeführt worden sind. Der Verein erwägt eine Fürsorge für Kleinkinder- spielplätze. Die sächsischen Behörden leisteten einen ansehnlichen Beitrag. Die Spiele hatten insgesamt 12 706 Besucher. Die Ferienhäuser des Vereins wurden im Berichtsjahre in derselben Weise wie im Vorjahre dem Ortsamt für Kriegerversorgung zur Verfügung gestellt, wobei der Verein die Bewirtschaftung selbst in der Hand behielt. Im ganzen wurden 910 (915) Kinder untergebracht, davon vom Verein 80 (175), vom Ortsamt 505, von Familien 159, auf Kosten der Eltern 166 Kinder. Trotzdem das Wetter im Berichtsjahre denkbar ungünstig war, war der Erfolg der Kolonien recht befriedigend: die Gewichtszunahme betrug im Durchschnitt 1,65 kg, als höchste 7,4 kg. Für zwei Kolonien, die von der Schwereerfolge ausgehend wurden, prägte der Verein die Ausstattung zur Verfügung. Die öffentliche Sammlung ergab den Betrag von 58 859,75 M. (19 889,17 M.). Der Gesamtertrag für Ferienkolonien belief sich im Jahre 1922 auf 1 565 495,21 M. (273 805,30 M.).

Aus Sachsen.

Warenzurückhaltung ist strafbar!

(N.) Ähnlich wird bekanntgegeben: Als Folge des Dollarsanstiegs hat sich gezeigt, daß im Handelsverkehr Waren vielfach zurückgehalten werden. Die Landespreisprüfstelle macht darauf aufmerksam, daß nach § 13, 3 der Preisstabilisierungsverordnung die Zurückhaltung von Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinns strafbar ist. Die Preisprüfstellen sind gehalten, hiergegen sofort einzuschreiten und strafbare Anzeige zu erstatten.

Jugtiersteuer.

Nach dem Werk über die Jugtiersteuer vom 27. März 1923 haben die Bezirksverbände und bezirksfreien Gemeinden für jedes in ihrem Bezirk gehaltene Jugtier eine Jugtiersteuer erhoben. Die Höhe betragen nach dem Gesetz vorbestimmt der darin dem Ministerium des Innern eingeräumten Erhöhung auf das Steuerjahr für ein Pferd und ein Kanarienvogel 3000 M., für jedes andere Jugtier 2400 M. Den Bezirksverbänden ist im Gesetz weiter das Recht eingeräumt, die Steuerhöhe bis auf das Dreifache der im Gesetz des durch Verordnung des Ministeriums festgelegten Steuerbeträge zu erhöhen. Der Steuerertrag muß für Zwecke des Bauwesens und der Unterhaltung öffentlicher Wege Verwendung finden. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dresden-Weststadt hat keine Steuern zu unterhalten. Die Länge der von den Bezirksgemeinden zu unterhaltenden öffentlichen Wege beträgt 294,367 km. Die Amtshauptmannschaft hatte der Bezirksversammlung die Erhöhung auf das Zweifache als für die Verhältnisse des Bezirks angemessen vorgeschlagen, sie hielt es für gerechtfertigt, diese dem Bezirksverbande gleichmäßig zugewiesene Steuer möglichst kräftig zu erfüllen. Der Bezirksausschuß kam zur Erhöhung auf das Dreifache der Rinder- schafe; Ponys, Panzerferse und gleich große dergleichen keine Pferde zahlen nur die gesetzlichen Rindersteuern.

Personendampferverkehr zur Baumblüte.

Die bereits weit vorgeschrittene Baumblüte dürfte wohl in den nächsten Tagen zur vollen Entfaltung kommen und der zu dieser Zeit statt-

findende Kapselverkehr nach den Baumblüten mit dem nächsten Sonntag einsehen. Besonders gern werden zur Blütezeit die im Elbtaie unterhalb Dresdens gelegenen Orte, wie Gohlis, Gohlis-Coffeabude, Niederwartha, Gauerwitz und die Böhmisch-Ortschaften aufgesucht. Verkehrsgelegenheiten bieten am Sonntag die Personendampfer ab Dresden-N. wie folgt: Form. 7.30 Uhr und 11. nachmittags 1.30 Uhr, 2 Uhr und 4 Uhr. Zur Rückfahrt nach Dresden dienen die Reihern: nachmittags 12.30 Uhr, 4.30 Uhr und 6 Uhr verlassenen Dampfer.

Bei Bedarf wird nachmittags 3 Uhr noch ein Schiff ab Dresden bis Gauerwitz eingesetzt. Oberhalb Dresdens wird nachmittags ein stündlich Halbstundenverkehr vorgezogen. Bei dieser Gelegenheit sei wiederholt auf die bei der Gesellschaft eingeführten Preiskarten hingewiesen, mit denen sich besonders Familien ihre Fahrten wesentlich billiger können.

Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer.

Am 9. und 10. Mai (Himmelfahrt) wird in Hellerau bei Dresden eine öffentliche Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer unter dem Titel „Rhythmus und Erziehung“ stattfinden. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat den Schulen empfohlen, daß denjenigen Lehrern und Lehrerinnen, die an der Tagung teilnehmen wollen und die Reise bereits am Mittwoch (9. Mai) während der Unterrichtszeit antreten müssen, der erforderliche Urlaub erteilt wird, soweit es der Unterrichtsbetrieb gestattet.

Sport.

Hierherren zu Dresden.

Der Rennungsbeschluss für die Ausgleichsrennen am Donnerstag (Himmelfahrt), den 10. und Sonnabend, den 12. Mai, ist jetzt zufriedenstellend ausgefallen. Es erhielten Reiter-Ausgleich, 2000 M., 2450 000 M., 33 Unterjochten, Himmelfahrt-Ausgleich, 1600 M., 2450 000 M., 43 Unterjochten, Flieger-Ausgleich, 1400 M., 4200 000 M., 45 Unterjochten, und Reiter-Ausgleich, 1900 M., 2450 000 M., 34 Unterjochten.

Radrennen zu Dresden.

Zu den nächsten Dresdener Radrennen auf der Wettlerbahn in Reich am Dienstag, den 1. Mai nachmittags 4 Uhr, erläßt der Verein Sportplatz folgende Ausschreibung: Großer Sachsenpreis, Dauerrennen über 1 Stunde. Gesamt- preis 6 Mill. M.; Preis vom Großen Garten, Dauerrennen über 25 km. Gesamt- preis 3 Mill. M. Verfolgungsrennen über 5 km für Berufsfahrer (Zülgel). Gesamt- preis 400 000 M. Zweifelfahrten über 3 km für Berufsfahrer (Zülgel). Preis: 400 000, 300 000, 200 000 M. Für die Amateure ist der letzte Lauf zum Prausche-Preis über 5 km ausgeschrieben. Die folgende Dreier-Vereinmannschaft erhält eine Wohnraummaschine im Werte von 600 000 M., welche sofort unter die drei Fahrer aufgeteilt wird. Da der Tauerfaher Kojellen am 29. April in Holland starb, ist der Verein Sportplatz mit dem Berliner Sowaal in Verhandlungen getreten, so daß voraussichtlich in den beiden Dauerrennen Wittig, Sowaal, Weiß, Lewanow und der Europameister Cieslikbrint starten werden.

Um die Fußballmeisterschaft. Wenn nicht alles trägt, dann werden die Kandidaten für den Endkampf um die Deutsche Fußballmeisterschaft in diesem Jahre rechtzeitig ermittelt sein. Die Vorrunde ist auf den 13. Mai angelegt. Schwierig sieht die Lage noch im Berliner Verband aus, doch dürfte auch hier der Meister rechtzeitig herauskommen, da das erste Entscheidungsspiel zwischen Union (Oberhörsing) gegen den noch unbestimmten Meister der Abteilung B bereits auf Sonnabend, 21. April, angelegt ist. Spielvereinigung Fürth (Südwestdeutschland) und S. f. B. Königsberg (Waldenverband) stehen als Meister fest. Sportfreunde Breslau (Südwestdeutschland) haben als sicherer Meister zu gelten. Von einiger Bedeutung ist das Treffen gegen Gotha 98 am Sonntag. Verlieren die Breslauer, was aber nicht anzunehmen ist, dann stehen sie mit Beuthen 09 punktgleich. Ein Unentschieden genügt also schon. In Eisen fällt am Sonntag die Entscheidung um die Westdeutsche Meisterschaft zwischen Arminia (Bielefeld) und Union (Düsseldorf). Der Norddeutsche Verband hat das Meisterschaftsspiel zwischen Hamburger Sportverein und Holstein (Kiel) auf den 29. April nach Hamburg angelegt. Die Vorrundenspiele zur mitteldeutschen Meisterschaft steigt am Sonntag in Dresden zwischen Guts Muts und Chemnitzer Ballspielclub. Der Sieger aus dieser Begegnung tritt gegen S. f. B. Leipzig, falls der Protekt aus dessen Spiel mit Spielvereinigung Magdeburg abgelehnt wird, zum Finale an.

Verein Dresden des deutschen Luftfahrerverbandes.

Das Wiedererhalten der deutschen Luftfahrt hat zu einer Reorganisation der dem Luftverkehr dienenden Dresdener Vereine geführt. Der sächsische Verein für Luftfahrt, der vor dem Kriege durch seine Ballonfahrten und Flugveranstaltungen bekannt geworden ist, seit Kriegsende aber fast gar nicht mehr an die Öffentlichkeit trat, und die Ortsgruppe Dresden des Bundes deutscher Flieger haben sich zusammengeschlossen in der Form, daß die erstgenannte Organisation ihren Namen in „Verein Dresden des deutschen Luftfahrerverbandes e. V.“ geändert und die Ortsgruppe des Bundes deutscher Flieger in sich aufgenommen hat. Die Leitung des Vereins geht am 5. Mai aus den Händen des bisherigen ersten Vorsitzenden Oberleutnant a. D. v. Funke in die des Vizepräsidenten Stadtrat Dr. E. Kräger über. Erster Stellvertreter der Vorsitzenden ist Ingenieur Gerhard Kändler; v. Funke bleibt dem Vorstand als Vizepräsidenten Vorsitzenden erhalten. Schriftführer ist Direktor Weidner von der Sächsischen Flugzeugwerke-Gesellschaft, Schatzmeister Bankier Adolf Paderstein. Die Zeitschrift „Luftfahrt“, das Organ des deutschen Luftfahrerverbandes, wird an die Vereinsmitglieder zum ermäßigten Preise abgegeben. Die Geschäftsstelle befindet sich Bismarckplatz 2.

Skandinavien und die Olympischen Spiele.

Die in Kopenhagen „Berlinske Tidende“ schreibt, herrscht in den drei skandinavischen Ländern lebhafter Unwille über den Beschluß des Olympischen Komitees in Rom, durch den Deutschlands Ausschluß von den Spielen aufrechterhalten wurde. Man sieht daher in Skandinavien den Spielen nicht gegenüber und will sich dort nur insofern betreten lassen, als es die Umstände erfordern.

Devisenkurse. 20. April.

New York (1 Dollar): 23486,12.

Beamtenanwärter für die Verwaltung gesucht. W. V. Stadtrat Roffen.

Welche Gemeinde ist in der Lage, ein mittleres, bald bezugsbares Fabrikgrundstück nachzuweisen? Die können laufend eine größere Zahl Männer und Frauen beschäftigen. Bahnstation Bedding. Off. unter F. G. Schnellsten an die Geschäftsst. d. W. V.

Gohliser Windmühle. Schönste Aussichtsort! (Schönheit, Ruhe, Gesundheit)

Tagelager. Sonnabend, 21. April. Staatstheater. Opernhaus. Die Aufführung aus dem Gera. (Dresden, Volksbühne Nr. 9439 bis 9505.) Anfang 7/8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Sonntag: Zannhäuser. Anf. 7/8 Uhr. Ende nach 11 Uhr. Wochenplan. Montag 7/8: Boris Godunow. — Dienstag 7/8: Tiesand. — Mittwoch 6: Hofengrün. — Donnerstag 7/8: Joseph in Ägypten. — Freitag 7/8: Madame Butterfly. — Sonnabend 5: Die Reisefinger. — Sonntag 5: Boris Godunow. — Montag 7/8: Boris Godunow. — Dienstag 7/8: Tiesand. — Mittwoch 6: Hofengrün. — Donnerstag 7/8: Joseph in Ägypten. — Freitag 7/8: Madame Butterfly. — Sonnabend 5: Die Reisefinger. — Sonntag 5: Boris Godunow.

Residenztheater. Ton Cesar. Anfang 7/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Sonntag nachmittags 1/2 Uhr: Mit Heibelberg. Ende gegen 6 Uhr. — Abends 7/8 Uhr: Ton Cesar. Ende nach 10 Uhr. Wochenplan. Montag 7/8: Heimal. (Bühnenvolksbund 12901 bis 13000.) — Dienstag 7/8: Wolf in Rot. (Bühnenvolksbund 13001 bis 13500.) — Mittwoch 7/8: Wolf in Rot. (Bühnenvolksbund 13501 bis 14000.) — Donnerstag 7/8: Heimal. (Bühnenvolksbund 14001 bis 14700.) — Freitag 7/8: Wolf in Rot. (Bühnenvolksbund 1 bis 1000.) — Sonnabend 7/8: Die Ballerina des Königs. (Bühnenvolksbund 1001 bis 1800.) — Sonntag 3: Gechl. Vereinsvorstellung. 7/8: Wolf in Rot. (Bühnenvolksbund 8001 bis 8600.) — Montag 7/8: Wolf in Rot. (Bühnenvolksbund 3501 bis 4000.) Zentralthheater. Täglich Spezialitätenvorstellung. Anf. 7/8 Uhr. Sonntags 7/8 (ermäßigter Preis) und 7/8 Uhr. Vittoriatheater. Täglich Gastspiel Paul Beders. Anf. 7/8 Uhr.

Wasserrände der Elbe und Moldau. 19. Apr. + 56 + 200 + 118 + 236 + 237 + 298 + 148 20. Apr. + 50 + 153 + 100 + 188 + 186 + 241 + 100 Familiennachrichten. Verlobt: Hr. Karl Jechlich in Dresden mit Frä. Alice Babel in Chemnitz. — Gestorben: Frau Kartha Kobiß geb. Bogel (60 J.) in Dresden-Leubnitz-Neustadt; Hr. Oberpostkammer a. D. August Stelzer in Dresden; Hr. Gustav Schimm (89 J.) in Dresden; Hr. Richard Schädlich in Dresden-Gorbis; Frau Ida Wittig geb. Thiene (48 J.) in Dresden; Frä. Ida Schreyer in Dr. Wilsdorf; Frau Oberbibliothek Emilie Thalmay geb. Tattler in Dresden. Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung. Für den Anzeigenentwurf verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden. Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Ämtlicher Teil.

Fachlehrerprüfungen in der französischen und englischen Sprache.

Die diesjährigen Prüfungen für Fachlehrer und Fachlehrerinnen in der französischen und in der englischen Sprache werden unmittelbar nach Michaelis abgehalten. Gesuche um Zulassung sind nicht den nach § 6 der Prüfungsordnung vom 2. November 1908 (S. 347 ff.) beigefügten Unterlagen bis spätestens zum 1. Juli 1923 an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Ministerialrat Dr. Richter, Dresden-N. 6, Carola-Platz 2, einzureichen. Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung werden kurz nach den Sommerferien versendet werden. II 639 Sem. Dresden, den 19. April 1923.

Ministerium des Kultus und öffentl. Unterrichts.

Dem zum Argentinischen Konsul bei dem Argentinischen Generalkonsulat in Hamburg ernannten Alberto Garibi Bazzaque ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Der Genannte wird hierdurch auch für das sächsische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen. Dresden, am 19. April 1923. [20] 662 I

Ministerium der ausw. Wirtschaftsverhältnisse.

Dem zum Bolivianischen Generalkonsul in Hamburg ernannten Napoleon Roca ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Der Genannte wird hierdurch auch für das sächsische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen. Dresden, am 19. April 1923. 673 I

Ministerium der ausw. Wirtschaftsverhältnisse.

Die Besetzung der Kreisoberamtsstellen in Chemnitz vom 16. September 1922 (Sächs. Staatszeitung vom 21. Sept. 1922 Nr. 221), Sperrung von Straßen für den Kraftfahrzeugverkehr an Sonn- und Feiertagen betr., wird in folgender Weise geändert: X 20 Allg. 522

Einschränkung des Kraftfahrzeugverkehrs an Sonn- und Feiertagen.

I. Aufgehoben worden ist die Sperre für nachfolgende Straßen:

- a) im Bezirk der Amtshauptmannschaft Chemnitz für die Chemnitz-Stadter Straße, b) im Bezirk der Amtshauptmannschaft Glauchau für den Kommunikationsweg Limbach-Waldenburg von der Grenze Rüditz bis Falken innerhalb der Amtshauptmannschaft Glauchau. II. Neu gesperrt worden sind folgende Straßen: a) im Bezirk der Amtshauptmannschaft Marienberg die Bodentalstraße, b) im Bezirk der Amtshauptmannschaft Chemnitz über Erfenschlag nach Einsiedel, soweit dieser Weg nicht im Stadtgebiet Chemnitz liegt. Das Rastee Waldströschchen in Einsiedel ist an Sonn- und Feiertagen mit Kraftfahrzeugen von der Hahnpauer Staatsstraße aus über den am „Goldenen Hahn“ abzweigenden, nach Einsiedel führenden Weg zu erreichen; c) im Bezirk der Amtshauptmannschaft Annaberg die Dorfstraße in Gelehan vom Gasthof „zur Rabe“ bis zum Gasthof „Deutsches Haus“. Chemnitz, 16. April 1923. Die Amtshauptmannschaft.

Das Ministerium des Innern hat beschlossen, die Berechtigung zum Weiterbetriebe der Apotheken in Coppi einem hierzu geeigneten Bewerber für seine Person zu erteilen. Bewerbungen um diese Berechtigung sind spätestens bis zum 15. Mai 1923 bei der unterzeichneten Amtshauptmannschaft einzureichen. 32 D VII

Die Bewerber haben ihren Approbationschein, ein behördliches Zeugniszeugnis für die Zeit von der Approbation an bis zum Tage der Bewerbung, einen Lebenslauf und eine nach der Zeitfolge geordnete lückenlose Übersicht über die bisherige Tätigkeit seit der Approbation beizufügen, aus welcher hervorgeht: a) die Anfangs- und Endzeit nach Tagesdaten, b) der Ort, c) die Art der Tätigkeit. Die einzelnen Zeitangaben sind fortlaufend zu nummerieren und die entsprechenden Nummern auf die zugehörigen, der Zeitfolge nach geordneten und gezeichneten Zeugnisse zu bringen. 523

Außerdem wird noch auf folgendes hingewiesen: 1. Gesuche von Apothekern, die sich vom Apothekerberuf abgewandt und durch Übernahme anderweitiger Geschäfte und Stellungen ihrem Berufe entfremdet haben, können nicht berücksichtigt werden. 2. Bewerber, die eine Apotheke bereits besessen und sie freiwillig wieder verlassen haben, können nur ausnahmsweise beim Vorhandensein ganz besonderer Umstände Berücksichtigung finden. 3. Gesuche von Apothekern, die erst seit längerer Zeit als 15 Jahre zurückgerechnet approbiert sind, haben keine Aussicht auf Erfolg. 4. Konzeptionen werden nur als persönliche Verleihen, sind also unveräußerlich und unvererblich. Dresden, 14. April 1923. Die Amtshauptmannschaft.

Die Studierenden bzw. Zuhörer Siegfried Busch aus Dresden, Hans Böger aus Chemnitz, Hubert Bagehd aus Schöppingen, Ricos Bausch aus Rorju (Griechenl.), Rorich Hartmann (Zuh.) aus Rietzschütz (Ung.), Hans Heine aus Dresden, Harald Klis aus Heringdorf (Himm.), Edwin Kischow aus Strohitz, Marie Reiche-Große aus Dresden, Valentin Rostka aus Ertraten (Rumän.) haben ihren Nachweis als Studierende bzw. Zuhörer verloren. Diese Urkunden werden hiermit für ungültig erklärt. — Dresden, am 18. April 1923. Der Rektor der Technischen Hochschule. Dr. Kägel.

Einmündiger- und Minderjähriger für die sächsischen Staaten. Mit Gültigkeit vom 29. April 1923 wird im Einklange der sächsischen Einmündiger- und Minderjähriger für die sächsischen Staaten.

Abteilungsleiter (Häfen) in Kesselnwagen eingeführt. Näheres ist aus unserem Verkehrsanzeiger zu erfahren, auch geben die Stationen Auskunft. [226] Dresden, 19. April 1923. Reichsbahndirektion.

Auf Blatt 1629 des Handelsregisters ist heute die Firma Ernst Sparmann & Co. in Annaberg und folgendes eingetragen worden: Gesellschafter sind die Kaufleute Paul Alfred Horn und Ernst Moritz Bruno Sparmann, beide in Annaberg. Die Gesellschaft ist am 1. Februar 1923 errichtet worden. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Metallen. 527

Amtsgewalt Annaberg, am 18. April 1923.

Auf Blatt 283 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Meinel und Wau, Eisenwarenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Worna betr., ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch die Beschlüsse der Gesellschafter vom 29. November 1922 und 14. März 1923 lt. der gerichtlichen Protokolle von diesen Tagen in den §§ 6 und 24 abgeändert worden. Das Stammkapital ist um zwei Millionen fünf-hunderttausend Mark erhöht worden und beträgt daher jetzt drei Millionen Mark. Worna, den 14. April 1923. Das Amtsgewalt.

Auf Blatt 151 des hiesigen Handelsregisters, die Kinderpartei zu Goldig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ist heute eingetragen worden, daß die Gesellschaft aufgelöst und der bisherige Geschäftsführer Engberg zum Liquidator bestellt worden ist. 528

Goldig, am 18. April 1923. Das Amtsgewalt.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 316 über die Firma Janderfabrik Dübela in Kleinnaußlitz, die Generalversammlung vom 30. Juli 1922 hat laut Rotariatsprotokolls von demselben Tage die Erhöhung des Grundkapitals um dreihundertfünfundvierzigtausend Mark, in dreihundertfünfundvierzig Aktien zu je einundzwanzig Mark genehmigt, beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. Juli 1922 laut Rotariatsprotokolls vom gleichen Tage im § 2 abgeändert worden. Weiter wird bekanntgegeben: Die neuen Aktien erhalten für das Geschäftsjahr 1922/23 nur die halbe Dividende; ab 1. Juli 1923 sind sie mit den alten Aktien gleicher Höhe gleichberechtigt und haben von diesem Zeitpunkt ab auch die gleichen Pflichten. Die Pflicht zum Rückbau ist erstmalig im Frühjahr 1923 zu erfüllen. Der Rückbau der neuen Aktien ist auf 145 % festgesetzt. — 2. auf Blatt 730 über die Firma Otto Friedrich in Döbeln: Die Firma ist erloschen. [329] Amtsgewalt Döbeln, den 16. April 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 1148, betr. die Kommanditgesellschaft Gebr. Arnold in Dresden: Gesamtprotokoll ist erstellt dem Kaufmann Fritz Maxin Hauptfleisch in Dresden. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten; 2. auf Blatt 17403, betr. die Kommanditgesellschaft H. Walter Mattheß, Kommanditgesellschaft in Dresden: Protokoll ist erstellt dem Kaufmann Robert Leetz in Chem in Bayern; 3. auf Blatt 15902, betr. die offene Handelsgesellschaft Max Schatz & Co. in Dresden: Der Kaufmann Heinrich Barbus ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Ernst Wolfemar Max Schatz führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleinhaber fort;

4. auf Blatt 17901, betr. die Firma Adolf Zimmering in Dresden: Der Kaufmann David Herzog in Dresden ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Handelsgeschäft eingetragen. Die dadurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. April 1923 begonnen;

5. auf Blatt 166, betr. die Firma Florian Kofert's Nachfolger Ferdinand Wiesner in Dresden: Die Bestimmung über die Vertretungsbezugnis der Prokuristen Johann Richard Dietel, Rudolf Emil Eitropel und Robert Hermann Wieje ist aufgehoben. Die den Kaufleuten Johann Richard Dietel und Rudolf Emil Eitropel erteilte Protokoll ist zu Folge Ablebens erloschen. Der Prokurist Kaufmann Robert Hermann Wieje darf die Firma gemeinsam mit einem anderen Prokuristen vertreten. Gesamtprotokoll ist erstellt dem Kaufmann Walter Wintler und Johannes Freyer, beide in Dresden. Jeder von ihnen darf die Firma nur gemeinsam mit einem anderen Prokuristen vertreten;

6. auf Blatt 18028 die Firma Martin Schwarzbaum in Dresden. Der Kaufmann Martin David Schwarzbaum in Dresden ist Inhaber. Geschäftszweig: Großhandel mit und Verarbeitung von Textilwaren. Geschäftsräum: Terrafurter 28;

7. auf Blatt 8250, betr. die Firma Goldmal & Sohn in Dresden: Der Inhaber heißt richtig: Julius Wilhelm Goldmal. 546

Amtsgewalt Dresden, Abt. III, 19. April 1923.

Im hiesigen Handelsregister ist am 17. April 1923 eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 577 die Firma G. W. Wagner R.-W. in Eibau; der Kaufmann Gustav Alwin Wagner in Eibau ist persönlich haftender Gesellschafter; es sind vier Kommanditisten vorhanden; die Gesellschaft ist am 1. Januar 1923 errichtet worden; 2. auf Blatt 578, betr. die Aktiengesellschaft G. W. Rudolph, Reuzersdorf i. Sa. Reg. Weber, Reuzersdorf u. Appert in Reuzersdorf: Protokoll ist erstellt dem Kaufmann Rudolf Feinig in Ober-schönau S.-A. 530

Amtsgewalt Oberdach, am 18. April 1923.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 772, die Firma Clemens Richter in Freiberg betr.: Der Fest- und Darmhändler Clemens Friedrich Richter in Freiberg ist infolge Ablebens ausgeschieden. Rina Siddy verw. Richter geb. Zepf in Freiberg ist Inhaberin; 2. auf Blatt 1102, die Firma Deutscher Rombi-Verlag Dresden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiberg betr.: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist bestellt der Kaufmann Paul Hauke in Berlin;

3. auf Blatt 1331 die Firma Anna Fischer verw. Emil Fischer in Freiberg und als deren Inhaberin Anna Emma verm. Fischer geb. Schulze in Freiberg. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Kolonial- und Süßwaren. 531

Amtsgewalt Freiberg, am 19. April 1923.

Auf Blatt 480 des Handelsregisters, die Firma Max Kühnel in Deuben (jetzt Freital) betr., ist eingetragen worden: Protokoll ist erstellt dem Kaufmann Max Carl Rudolf Kühnel in Freital-Deuben. Amtsgewalt Freital, den 14. April 1923. [541]

Auf dem für die Firma H. F. Keller Nachfolger, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in St. Egidien geführten Blatt 32 des Handelsregisters für den Landbezirk ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt der Geschäftsführer Kurt Brunner in St. Egidien und der Buchhalter Fritz Haebler in Chemnitz. 532

Amtsgewalt Glauchau, den 19. April 1923.

Im Handelsregister ist eingetragen worden: 1. am 12. April 1923 auf Blatt 263 (Leipzig) Bierbrauerei zu Reudnitz, Kieckel & Co., Aktiengesellschaft in Chemnitz, Zweigniederlassung der in Leipzig-Reudnitz bestehenden gleichnamigen Firma; Der Gesellschaftsvertrag vom 4. Dezember 1899 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 19. Februar 1923 laut Rotariatsprotokolls vom gleichen Tage im § 17 abgeändert worden;

2. am 18. April 1923 auf Blatt 534 (N. Orla) Erbschaft & Co. in Borsdorf; Der Sitz der Handelsniederlassung ist nach Leipzig verlegt. Die Firma kommt hier in Wegfall. 533

Amtsgewalt Chemnitz, am 19. April 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 22064 die Firma Berthold Wiesner in Leipzig (Rugbr. 22/24). Der Kaufmann Berthold Wiesner in Leipzig ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Agenturen in und Großhandel mit Textilwaren; 2. auf Blatt 22065 die Firma Irma Richter in Leipzig. Irma Richter ist Inhaberin. Sie hat das Handelsgeschäft unter Übernahme aller Aktiven und Passiven aus der Liquidation der Firma „Sachjenwald“ Ref.- und Schokoladenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig erworben. Protokoll ist erstellt am Emilie Lina Jorowski geb. Hoff in Leipzig. (Angegebener Geschäftszweig: Groß- und Kleinhandel mit Kakao, Schokolade und Süßwaren);

3. auf Blatt 12366, betr. die Firma Wilh. Friedrich Starke in Leipzig: Die Protokolle des Johann Max Wagner ist erloschen. Die Beschränkung nach der der Prokurist Ernst Ferdinand Prinz die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten darf, ist weggefallen;

4. auf Blatt 9026, betr. die Firma H. Schumann's Verlag in Leipzig: Protokoll ist erstellt dem Kaufmann Richard Otto Klaiber in Leipzig;

5. auf Blatt 11851, betr. die Firma Ludwig Wagner, Aktiengesellschaft in Leipzig: Zum Mitglied der Gesellschaft ist bestellt der Fabrikant Ludwig Wagner in Proßdorf. Ihm ist vom Aufsichtsrat die Befugnis erteilt worden, die Gesellschaft allein zu vertreten;

6. auf Blatt 16183, betr. die Firma Robert Scholz & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 19. Januar 1923 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage in den §§ 6 und 12 abgeändert worden. Die bisherige Vertretungsbestimmung ist weggefallen. Wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, so beschließt die Gesellschafterversammlung darüber, welche von ihnen allein und welche nur gemeinschaftlich mit einem zweiten Geschäftsführer oder einem Prokuristen die Gesellschaft vertreten dürfen. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Otto Paul Carl Steinhilber in Leipzig. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem zweiten Geschäftsführer oder einem Prokuristen vertreten. Protokoll ist erstellt dem Ingenieur Paul Max Scholz in Leipzig. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen vertreten. Dem Geschäftsführer Ernst Robert Scholz steht die Befugnis zu, die Gesellschaft allein zu vertreten;

7. auf Blatt 8802, betr. die Firma Dr. Trentler & Co. in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma — nachdem sie auf eine Aktiengesellschaft übergegangen ist, erloschen. 534

Amtsgewalt Leipzig, Abt. II B, 18. April 1923.

Auf dem Blatte 58 des Handelsregisters für den Landbezirk, die Duncan's Leinen-Industrie Aktiengesellschaft in Großschweidnitz betr., ist heute eingetragen worden, daß der Gesellschaftsvertrag vom 12. Oktober 1905 durch Beschluß der Generalversammlung vom 12. April 1923 in den §§ 15 Abs. 2 und 19 Abs. 1 abgeändert worden ist laut Rotariatsprotokolls von demselben Tage. Amtsgewalt Eibau, den 19. April 1923. 542

In das Genossenschaftsregister für Erwerb- und Wirtschaftsgenossenschaften ist heute auf Blatt 7 eingetragen worden: Kreditgenossenschaft Marktneufkirchen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Marktneufkirchen. Das Statut datiert vom 14. März 1923. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Handelsgeschäften zum Zweck der Beschaffung der für das Getreide und die Wirtschaft der Mitglieder nötigen Geldmittel und aller Unternehmungen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu fördern. Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma derselben, gezeichnet von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern, und wenn sie vom Aufsichtsrat ausgehen, unter Remnung desselben, gezeichnet vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats, in den Blättern für Genossenschaftswesen. Gehten diese Blätter ein oder wird aus anderen Gründen die Bekanntmachung in diesen unmöglich, so tritt an ihre Stelle der „Deutsche Reichsanzeiger“ bis zur Bestimmung eines anderen Blattes. Die Haftsumme beträgt für jeden Geschäftsanteil einhunderttausend Mark. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf die sich ein Genosse beteiligen kann, ist auf fünf-hundert bestimmt. Mitglieder des Vorstandes sind a) Fabrikant Arnold Seigt in Marktneufkirchen, b) Kaufmann

Kurt Metz, ebenda. Willenserklärungen des Vorstandes sind für die Genossenschaft verbindlich, wenn zwei Vorstandsmitglieder sie abgeben. Die Zeichnung der Firma der Genossenschaft durch den Vorstand geschieht in der Form, daß zwei Vorstandsmitglieder der Firma ihre Namensunterschriften hinzufügen. — Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Geschäftsstunden des Gerichts jedem gestattet. 543

Amtsgewalt Marktneufkirchen, 18. April 1923.

Im Handelsregister des vormaligen Gerichtsamts Weißen ist heute auf Blatt 19, die offene Handelsgesellschaft R. Lohse und Kötze in Rietzau betr., das Erlöschen der Firma eingetragen worden. Weißen, 18. April 1923. Das Amtsgewalt.

Auf Blatt 406 des Handelsregisters A, die Firma Heinrich Graupner in Wittweida betr., ist heute eingetragen worden: Protokoll ist erstellt dem Kaufmann Johannes Wolf in Wittweida. 536

Amtsgewalt Wittweida, am 18. April 1923.

Auf Blatt 238 des hiesigen Handelsregisters ist heute die offene Handelsgesellschaft in Firma Ledermann & Co. als deren Inhaber der Blumenfabrikant Ernst Erhard Hanse in Langburkersdorf eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Betrieb künstlicher Blumen und Blätter. Reudnitz in Sachsen, 19. April 1923. Das Amtsgewalt.

Auf Blatt 270 des Handelsregisters ist heute die offene Handelsgesellschaft in Firma Ledermann & Co. als deren Inhaber der Blumenfabrikant Ernst Erhard Hanse in Langburkersdorf eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Betrieb künstlicher Blumen und Blätter. Reudnitz in Sachsen, 19. April 1923. Das Amtsgewalt.

Auf Blatt 238 des hiesigen Handelsregisters ist heute die offene Handelsgesellschaft in Firma Ledermann & Co. als deren Inhaber der Blumenfabrikant Ernst Erhard Hanse in Langburkersdorf eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Betrieb künstlicher Blumen und Blätter. Reudnitz in Sachsen, 19. April 1923. Das Amtsgewalt.

Amtsgewalt Chemnitz, am 19. April 1923.

Auf Blatt 86 des Handelsregisters, die Firma Adler-Pragerie Max Roth in Waldenburg betr., ist heute eingetragen worden, daß der Geschäftsführer Max Wilhelm Roth ausgeschieden, die Gesellschaft aufgelöst und Ernst Julius Max Roth Alleinhaber geworden ist. 544

Amtsgewalt Waldenburg, am 17. April 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 256, die Firma Ernst für Mittel-sachsen, Aktiengesellschaft, Jiliale Waldheim in Waldheim betr.: Die außerordentliche Generalversammlung vom 17. März 1923 hat in Abänderung des § 3 des Gesellschaftsvertrags die Erhöhung des Grundkapitals um einhundertvierzig Millionen achthunderttausend Mark in achttausend auf den Inhaber lautende Stammaktien über jehtausend Mark, zwanzigtausend auf den Inhaber lautende Stammaktien über eintausend Mark und jehtausend auf den Namen lautende Vorzugsaktien über dreihunderttausend Mark, mit einhundertzwei- undhundertfünfzig Millionen achthunderttausend Mark, beschlossen. — Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt;

2. auf Blatt 492 die Firma J. Hermann Müller in Waldheim und als Inhaber der Kaufmann Johann Hermann Müller in Waldheim. Geschäftszweig: Holz-Handel, Vertretung und Lager von Rohstoffen und Bedarfartikeln für die Stahl- und Möbelindustrie. 539

Amtsgewalt Waldheim, am 18. April 1923.

Auf Blatt 217 des Handelsregisters ist heute die Firma Hilla, Zwenauer Rauchwaren-Verwaltung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Zwenkau, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. März 1923 abgeschlossen und am 20. März 1923 und 16. April 1923 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und der Fortbetrieb der bisher in Zwenkau unter der Firma Große & Kupermann betriebenen Rauchwarenhandlung und -Fäbrik. Das Stammkapital beträgt 6 000 000 M. Die Gesellschaft erndigt mit dem 31. Dezember 1926. Die Vertragsdauer verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern nicht von einem der Gesellschafter den anderen Gesellschaftern unter Einhaltung einer Frist von mindestens 3 Monaten vor Ablauf des Vertrags die Gesellschaft schriftlich angekündigt wird. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeweils 2 Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Otto Große in Zwenkau, Simon Kupermann in Leipzig und Lajos Kaplan in Leipzig. Jeder dieser 3 Geschäftsführer ist für sich zum alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. — Weiter wird bekanntgegeben: Die Gesellschafter Otto Große in Zwenkau und Simon Kupermann in Leipzig bringen in die Gesellschaft das von ihnen bisher unter der Firma Große & Kupermann in Zwenkau gemeinschaftlich betriebene Handelsgeschäft mit allen Maschinen, Gerätschaften, Zurecht- und Fachzeuigen, sonstigem Zubehör und Inventar, fertiger und halbfertiger Ware, aber ohne Kundenbücher und Schulden beigestellt ein, daß das Geschäft vom 15. März 1923 an für Rechnung der Gesellschaft geführt wird. Als nicht übernommene Kundenbücher sind solche anzusehen, die nach vor dem 15. März 1923 fakturiert worden, als nicht übernommene Schulden alle diejenigen, die vor dem gleichen Tage zu Lasten der Firma Große & Kupermann entstanden sind. Der Wert dieses Einbringens beträgt 3 750 000 M. und wird mit 2 750 000 M. dem Herrn Große und mit 1 000 000 M. dem Herrn Kupermann auf die übernommenen Stammeinlagen angerechnet. Herr Große bringt überdies das ihm gehörige in Zwenkau Blatt 5 gelegene und auf Blatt 8 des Grundbuchs für Zwenkau eingetragene Wohn- und Fabrikgrundstück mit allem Inventar und Zubehör so wie es steht und liegt in die Gesellschaft, und zwar lastenfrei beigestellt ein, daß die Kupungen und Lasten mit dem 15. März 1923 auf die Gesellschaft übergeben. Der Wert dieses Einbringens beträgt 1 250 000 M. und wird in gleicher Höhe Herrn Große auf seine Stammeinlage angerechnet. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichsanzeiger. 545

Amtsgewalt Zwenkau, den 17. April 1923.

